

A man in a checkered shirt and dark trousers is walking in a field. To his left is a large, dark, metallic piece of machinery, possibly a combine harvester, which is out of focus. The background shows a green field with some trees and hills under a warm, golden sky, suggesting sunset or sunrise.

# SCHLECHTER DEAL FÜR EU-BÄUERINNEN UND BAUERN

GEFAHREN FÜR DIE EUROPÄISCHE  
LANDWIRTSCHAFT DURCH TTIP

JULI 2016



Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland

Recherchiert und verfasst: Emily Diamand, Mute Schimpf;

Kapitel zu den Belegen aus bisher bekannten TTIP-Papieren verfasst von Maja Volland

Beiträge und Lektorat: Adrian Bebb, Andrew Kennedy

Beiträge und Lektorat der deutschen Fassung: Laura Flierl, Annika Natus, Rüdiger Rosenthal

Wir danken Jean Christophe Bureau, Alan Matthews und Leokadia Oreziak für ihre aufschlussreichen Kommentare zu dem Bericht.

Übersetzung der deutschen Fassung: Friederike Mast

Gestaltung: Lindsay Noble [www.lindsayynoble.co.uk](http://www.lindsayynoble.co.uk)



**Geldgeber:** Friends of the Earth bedankt sich herzlich für die finanzielle Unterstützung durch die GD Umwelt der Europäischen Kommission für diese Publikation. Friends of the Earth Europe trägt die ausschließliche Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments, der nicht als Wiedergabe der Position des oben genannten Geldgebers betrachtet werden kann. Der Geldgeber kann nicht für eine mögliche Verwendung der Informationen, die dieses Dokument beinhaltet, verantwortlich gemacht werden.

**Impressum:** Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. - Friends of the Earth Germany - V.i.S.d.P.: Yvonne Weber

**Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
Friends of the Earth Germany**  
Bundesgeschäftsstelle  
Am Köllnischen Park 1  
10179 Berlin

Tel.: 030 / 275 86 - 40  
Fax: 030 / 275 86 - 440  
[bund@bund.net](mailto:bund@bund.net)

## INHALTSVERZEICHNIS

**Zusammenfassung** SEITE 3

**Einleitung** SEITE 6

**Auswirkungen von TTIP auf den Agrarhandel** SEITE 8



**Konfliktbereich geografische Angaben** SEITE 16



**Auswirkungen auf die Rindfleischproduktion** SEITE 20



**Auswirkungen auf die Milcherzeugung** SEITE 26



**Auswirkungen auf den Anbau von Ackerfrüchten** SEITE 30



**Auswirkungen auf die Geflügelfleischproduktion** SEITE 34



**Auswirkungen auf die Schweinefleischproduktion** SEITE 38



**Belege aus bisher bekannten TTIP-Papieren** SEITE 42

**Fazit** SEITE 45

**Literaturverzeichnis** SEITE 46

**Endnoten** SEITE 48



## Zusammenfassung

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership - TTIP) könnte massive Auswirkungen auf die Landwirtschaft und die Lebensmittelproduktion in der Europäischen Union haben. Unternehmensverbände auf beiden Seiten des Atlantiks drängen auf mehr Marktzugang,<sup>1</sup> die Produktion von europäischen und US-amerikanischen Lebensmitteln folgt jedoch unterschiedlichen Standards für Lebensmittelsicherheit, Tier- und Umweltschutz.

Die kürzlich an die Öffentlichkeit gelangten TTIP-Dokumente zeigen, dass die USA in den TTIP-Verhandlungen die Interessen ihrer Agrarkonzerne durchsetzen wollen. Ihr geht es dabei vor allem um nicht-tarifäre Handelshemmnisse, die den Import von US-Agrarerzeugnissen in die EU derzeit erschweren oder ganz verhindern. Ein primäres Ziel der USA ist es, das in der EU geltende Vorsorgeprinzip auszuhebeln. Dafür soll das EU-Zulassungsverfahren für Produkte, die ein potentielles Gesundheits- oder Umweltrisiko bergen, durch den US-amerikanischen Ansatz ersetzt werden (siehe GD Handel, 2016b). Bei letzterem darf ein Stoff erst reglementiert werden, wenn eine Behörde einen eindeutigen Beweis für seine Gefährlichkeit erbracht hat. Dies birgt große Gefahren für den Umwelt- und Verbraucherschutz und die bäuerliche Landwirtschaft.

Die Lebensmittel- und Getränkeindustrie in der Europäischen Union erzielt einen geschätzten jährlichen Umsatz von 1,2 Milliarden Euro (Food Drink Europe, 2015). Der Handel der jeweiligen Länder unterscheidet sich oft stark je nach Agrarsektor, Hersteller und Mitgliedstaat. Nur einige wenige Analysen haben bisher versucht, die möglichen Auswirkungen von TTIP auf den Lebensmittel- und Landwirtschaftssektor zu beurteilen, nicht zuletzt wegen der hohen Komplexität des EU-Agrarsektors.

Studien zeigen, dass bei verschiedenen TTIP-Varianten die in Aussicht gestellten Exportmöglichkeiten nicht unbedingt zu besseren Einkommen in den genannten Bereichen führen. Das US-Landwirtschaftsministerium prognostiziert beispielsweise für fast jede Lebensmittelgruppe sinkende Erzeugerpreise für die EU-Bauern und -Bäuerinnen (Beckman, et al., 2015). Die Vorteile für die EU beschränken sich lediglich auf wenige Sektoren wie etwa die Käseindustrie. Doch selbst Gewinne in diesen Bereichen sind in hohem Maße davon abhängig, dass die USA ihre nicht-tarifären Maßnahmen zur Beschränkung des Handels ändern, indem sie etwa existierende Einfuhrquoten verringern (ebd.).

Verschiedene Modelle prognostizieren durch TTIP eine Steigerung der Lebensmittel- und Agrarimporte aus den USA (Fontaigne, et al., 2013; Beckman, et al., 2015). Dadurch ergeben sich mögliche Nachteile für EU-Bäuerinnen und -Bauern, die Existenz ganzer Sektoren ist potenziell bedroht (Bureau, et al., 2014). Auch Waren aus anderen Regionen der Welt, könnten von US-Produzent verdrängt werden (Beckman, et al., 2015). Zivilgesellschaftliche Organisationen und Landwirtschaftsverbände sind besorgt, dass TTIP auf beiden Seiten des Atlantiks zu einer weiteren Intensivierung und Unternehmenskonzentration in der Landwirtschaft führen könnte. Die Verbraucher\*innen und der Umweltschutz könnten ebenfalls Schaden nehmen: Sowohl die US-Regierung als auch Erzeugerverbände fordern die EU offen dazu auf, Schutzbestimmungen in Bereichen wie der Zulassung von gentechnisch veränderten (GV)-Produkten, den Sicherheitsvorschriften für Pestizide, dem Verbot von Hormonen in der Fleisch- und Milchproduktion und bei der Verwendung von Desinfektionsmitteln in der Fleischproduktion abzuschwächen.<sup>2</sup>



## GESCHÜTZTE HERKUNFTSBE- ZEICHNUNGEN

Herkunftsbezeichnungen wie die „geschützte Ursprungsbezeichnung“ (gU) oder die „geschützte geografische Angabe“ (ggA) verleihen regionalen Produkten in der Europäischen Union einen besonderen Status. Dies betrifft etwa sechs Prozent aller Lebensmittel- und Weinverkäufe innerhalb der EU (Chever, et al., 2012). Die Europäische Kommission hat großen Wert darauf gelegt, solche Produkte im Rahmen von TTIP zu schützen, traf damit aber bei US-Lobbyverbänden und dem US-Kongress auf erheblichen Widerstand (US-Kongress, 2014).

90 Prozent der EU-Exporte mit geografischen Angaben betreffen Wein und Spirituosen (Chever, et al., 2012). Für Erzeuger von Lebensmitteln mit „geschützter geografischer Angabe“ oder „geschützter Ursprungsbezeichnung“ sind hingegen die Inlands- und EU-Märkte weitaus wichtiger (GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, 2015f). Tatsächlich kamen 2010 86 Prozent der Exporte solcher Produkte aus nur drei Mitgliedsstaaten (Frankreich, Italien und Großbritannien), wobei der größte Teil nur eine kleine Zahl von Erzeugnissen ausmachte: Champagner, Cognac, Scotch Whisky, Grana Padano und Parmigiano Reggiano (Chever, et al., 2012).

Selbst wenn die EU-Kommission bei Produkten mit geschützten Herkunftsbezeichnungen erfolgreich verhandelt, ist davon auszugehen, dass davon nur wenige Agrarbetriebe in einer geringen Zahl von Mitgliedstaaten profitieren. Es ist zu befürchten, dass die EU-Kommission dafür die Interessen anderer Agrarsektoren opfert, um das Abkommen mit den USA abschließen zu können (ICOS, 2015).



## RINDFLEISCH

Ökonomische Modellstudien besagen, dass bei einer Abschaffung der EU-Zölle eine deutliche Steigerung der Importe von US-Rindfleisch (im Wert von bis zu 3 Mrd. US-Dollar) zu erwarten ist (Fontaigne, et al., 2013). Insbesondere traditionelle Rinderbetriebe mit Weidehaltung, die qualitativ hochwertiges Fleisch erzeugen, sind dann durch Importe von billigerem US-Rindfleisch gefährdet. Dadurch kann es zu „weitreichenden sozialen und ökologischen Folgen für einige EU-Regionen“ kommen (Bureau, et al., 2014).

Aktuell werden Fleischimporte aus den USA durch das EU-Verbot der Hormonbehandlung von Rindern und deren Fleisch sowie begrenzte Einfuhrkontingente für hormonfreies Rindfleisch beschränkt.<sup>3</sup> Es wurde erheblicher Druck auf die EU ausgeübt, die Verbote aufzuheben (Western Livestock Journal, 2015). Vermutlich wird die EU ihr Importverbot für Fleisch von hormonbehandelten Rindern aber nicht aufheben. Als wahrscheinlich gilt, dass sie den USA ein höheres Einfuhrkontingent für hormonfreies Rindfleisch aus den USA anbietet. Aber auch das könnte schwerwiegende Auswirkungen auf EU-Bäuerinnen und Bauern haben (Thelle, et al., 2015). Ein französischer Landwirtschaftsverband geht davon aus, dass die zu erwartende Quote, in Kombination mit einem kürzlich für Kanada vereinbarten Kontingent, zu einem „40- bis 50-prozentigen Rückgang der Einnahmen von (...) europäischen Viehzüchtern“ führen könnte (Interbev, 2015).

## MILCHWIRTSCHAFT

Der Handel mit Milcherzeugnissen ist komplex, da es hier einerseits sehr unterschiedliche Produkte gibt (von Milchpulver bis hin zu traditionellen Käsesorten), andererseits die Vermarktung über multinationale Konzerne ebenso wie über Kleinbauern und -bäuerinnen erfolgt. Jüngste Änderungen der EU-Milchquoten- und Subventionsregelungen wirken sich bereits jetzt massiv auf die Milchwirtschaft aus und haben zu einem starken Preisverfall für konventionelle Milch geführt. Die Europäische Kommission will durch TTIP einen besseren Zugang zu US-Milchmärkten bekommen. In jüngsten Verhandlungen mit Ländern des Pazifikraums (über das Transpazifische Abkommen TPP) hat die US-Regierung allerdings nur wenige Zugeständnisse gemacht - aus Angst der eigenen US-Milchindustrie zu schaden (USDA, 2015a).

Laut Studien soll TTIP einen deutlichen Zuwachs der Handelsströme für Milcherzeugnisse zur Folge haben: Laut dieser Vorhersagen werden US-Exporte um bis zu 5,4 Mrd. US-Dollar und EU-Exporte um bis zu 3,7 Mrd. US-Dollar zunehmen. Die Verfasser\*innen der Studien merken jedoch an, dass diese Zahlen mit Vorsicht zu behandeln sind (Bureau, et al., 2014; Fontaigne, et al., 2013). Trotz eines zunehmenden Handels könnten die Erlöse für europäische Milchbetriebe sinken, für einige Mitgliedstaaten, insbesondere Österreich, die Benelux-Länder und Großbritannien, wird sogar ein Verlust der Wertschöpfung in der gesamten Milchbranche vorhergesagt (Beckman, et al., 2015; Bureau, et al., 2014).

Die Europäische Kommission argumentiert, dass durch TTIP die EU-Exporte von Milcherzeugnissen steigen werden, diese Zuwächse gelten jedoch überwiegend für Käse (Beckman, et al., 2015). Die Kommission scheint außerdem großen Wert darauf zu legen, eine Liste von eingetragenen geografischen Angaben zu schützen, wobei es sich voraussichtlich zum Großteil ebenfalls um Käsesorten handeln wird. Landwirtschaftsverbände und bäuerliche Organisationen haben sich besorgt gezeigt, dass die Interessen anderer Bereiche der Milchwirtschaft von der Kommission geopfert werden, um eine Einigung bei TTIP zu erzielen (ICOS, 2015).

Aufgrund der komplexen Handelsstrukturen in der Milchwirtschaft sowie des Zusammenhangs zwischen Rohstoff- und Erzeugerpreisen ist es schwierig, die Auswirkungen von TTIP genauer vorherzusagen. Erforderlich wäre eine tiefer gehende Analyse eines integrierten US-EU-Marktes mit Hinblick auf das Überleben von kleinen und mittleren Betrieben der Milchwirtschaft.

## ACKERKULTUREN

Die USA und die EU sind beides führende Erzeuger von Agrarprodukten, unterscheiden sich jedoch in Bezug auf ihre wichtigsten Kulturpflanzen (International Grains Council, 2016). Der Handel in diesem Bereich fällt derzeit relativ gering aus: Die USA gehört nicht zu den wichtigsten Zielländern von EU-Getreide- und Ölsaatenexporten. Bei Ackerfrüchten exportieren die USA lediglich Sojabohnen und Sojamehl in die EU (GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, 2015e).

Die Europäische Kommission hat zwar erklärt, dass TTIP keinen Einfluss auf EU-Gesetze oder Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Kulturpflanzen haben wird, es gibt jedoch Aussagen von US-Regierungsstellen, die die Bedeutung der EU-Gentechnik-Regulierungen als Verhandlungsgegenstand für TTIP unterstreichen (GD Handel, 2015).<sup>4</sup>

Laut Aussagen von Ökonomen wird die Aufhebung der Zölle im Rahmen von TTIP sich negativ auf die EU-Getreideproduktion auswirken. In einigen Mitgliedstaaten wird in der Getreideproduktion mit Rückgängen von bis zu sechs Prozent gerechnet (Bureau, et al., 2014). In den meisten Szenarien werden Rückgänge bei Weizen, Mais und Raps prognostiziert, Zitat: „ein Handelsabkommen könnte zu umfangreichen Einfuhren aus den USA in die EU führen.“ (Ebd.: 57)



## GEFLÜGEL UND EIER

Es gibt zwischen den USA und der EU nur sehr wenig Handel mit Geflügelprodukten und Eiern (Europäische Kommission, 2016). US-Lobbyverbände wollen TTIP jedoch nutzen, um Zugang zum EU-Markt zu bekommen. Europäische Erzeugerorganisationen sehen dem besorgt entgegen, da die in den USA geltenden Tierschutznormen weniger streng sind und es sich dabei überwiegend nur um freiwillige Tierschutzmaßnahmen handelt (National Chicken Council, 2012). Produzent\*innen in der Geflügel- und Eierbranche in der EU müssen strengere Gesetzesvorschriften erfüllen, wodurch sie höhere Kosten haben als Produzent\*innen in den USA.<sup>5</sup> Nichtsdestotrotz wurden Tierschutzfragen aus dem TTIP-Abkommen ausgeklammert.

Bei Sicherheits- und Hygienestandards gibt es große Unterschiede zwischen den USA und der EU, wobei die EU ein kostenintensiveres Konzept „vom Erzeuger zum Verbraucher“ verfolgt (van Horne & Bondt, 2014). Aufgrund dieser Unterschiede sind die Geflügelfleischimporte aus den USA eingeschränkt, da die EU keine Behandlung von Geflügelerzeugnissen mit Desinfektionsmitteln erlaubt. Es besteht jedoch die Sorge, dass die Europäische Kommission den Weg für die Zulassung solcher Behandlungen mit Chemikalien freimachen und dadurch billigere US-Importe ermöglichen könnte.<sup>6</sup>

Das US-Landwirtschaftsministerium prognostiziert nur einen leichten Anstieg der US-Exporte von Geflügelerzeugnissen durch TTIP (Beckman, et al., 2015). Andere Studien besagen, der Grund hierfür könnte sein, dass US-Geflügelfleischimporte weiterhin einer starken Konkurrenz durch Brasilien und Thailand unterliegen (van Horne & Bondt, 2014). Aus diesen Ländern stammt momentan der Großteil der Geflügelfleischimporte in die EU. Keine der bisherigen ökonomischen Modellstudien hat die Auswirkungen von TTIP auf die Eierproduktion untersucht.

## SCHWEINEFLEISCH

Verglichen mit der US-Industrie ist die Schweinefleischproduktion in der EU doppelt so groß und unterliegt strengeren Tierschutznormen (World Animal Protection/ Humane Society International, 2014; GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, 2014). Die EU ist nach China der zweitgrößte Markt für Schweinefleisch, die US-Erzeugerlobby ist sehr interessiert daran, Zugang zu diesem Markt zu bekommen (National Pork Producer's Council, 2013). Es gibt allerdings momentan nur sehr wenige Importe aus den USA, da die EU die Vermarktung von Fleisch mit Rückständen von wachstumsfördernden Substanzen wie Ractopamin aus Sorge um die Sicherheit für Konsument\*innen nicht erlaubt: 60 bis 80 Prozent aller Schweine in den USA werden mit diesem Hormon behandelt (Strom, 2015).

US-Lobbyverbände drängen nicht nur darauf, dass die EU ihr Ractopamin-Verbot aufhebt, sondern auch auf die vollständige Abschaffung von Zöllen. Die EU hat in der Vergangenheit ihre Schweinefleisch-Industrie stark geschützt. Es ist wahrscheinlich, dass sie den USA ein großes Kontingent für ractopaminfreies Schweinefleisch anbieten wird. Dies könnte zu einem signifikanten Anstieg der US-Schweinefleischimporte in die EU führen.

Die meisten ökonomischen Modelle unterscheiden nicht zwischen Schweinefleisch und anderen Fleischarten, kündigen jedoch als Folge der Abschaffung von Zöllen Rückgänge im EU-Sektor für „weißes Fleisch“ an, um bis zu neun Prozent in baltischen Staaten sowie „erhebliche zusätzliche Importe und (...) neue wirtschaftliche Schwierigkeiten für EU-Produzentinnen und Produzenten“. (Bureau, 2014: 57).

# Einleitung

Seit 2013 verhandeln die Europäische Union (EU) und die USA das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen TTIP (engl.: Transatlantic Trade and Investment Partnership). Das Abkommen soll nach offiziellen Angaben den transatlantischen Handel fördern, indem umfassend Handelshemmnisse abgebaut werden (High Level Working Group 2013). Der Agrarhandel ist nur einer von zahlreichen Sektoren, über die verhandelt wird, und er umfasst nur einen geringen Teil des gesamten Handels zwischen den USA und der Europäischen Union. Im Jahr 2014 machten landwirtschaftliche Erzeugnisse lediglich 5,3 Prozent der Gesamtexporte aus der EU in die USA aus und nur 5,1 Prozent der Exporte aus den USA in die EU (Europäische Kommission, 2015). Trotzdem sind die Vereinigten Staaten für die EU ein wichtiger Markt: Insgesamt werden 13 Prozent aller exportierten Lebensmittel und Agrarprodukte der Europäischen Union in die USA ausgeführt, mehr als in jedes andere Land (Europäische Kommission, 2015a). Damit sind die Vereinigten Staaten der größte Importeur von EU-Agrarprodukten. Darüber hinaus war die Agrarwirtschaft in der Vergangenheit immer wieder Gegenstand erbitterter Handelsstreitigkeiten wie etwa über Direktzahlungen für Ackerfrüchte, den Einsatz von Wachstumshormonen für Rinder und die Zulassung gentechnisch veränderter Organismen. Nicht zuletzt hat der Agrarsektor direkte Auswirkungen auf Umwelt, Landschaft und die öffentliche Gesundheit und hat außerdem eine besondere kulturelle Bedeutung. Auf beiden Seiten des Atlantiks wird er durch starke privatwirtschaftliche Lobbygruppen vertreten.

Auch wenn die Agrarwirtschaft nur einen geringen Teil des in den TTIP-Gesprächen zur Diskussion stehenden Handels ausmacht, so wiegt die Relevanz der Branche ihren derzeit eher kleinen Exportumfang auf. Aus diesem Grund verfolgen die USA in den Verhandlungen ein klar definiertes Ziel: „der US-amerikanischen Landwirtschaft zu helfen, ihre Absatzmöglichkeiten zu maximieren, indem Zölle und Einfuhrkontingente, die den Exporten derzeit im Weg stehen, beseitigt werden“ (US-Handelsbeauftragter, 2014a).

*„Die agrarwirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten ... sind politisch nicht stark genug, um ein Abkommen zu verabschieden, jedoch sicherlich hinreichend einflussreich, um ein ausgehandeltes Abkommen zu stoppen.“*

Tom Vilsack, US-Landwirtschaftsminister (Reuters, 2015)

*„Ohne den Rückhalt der US-amerikanischen Agrarwirtschaft stehen die Chancen für eine Zustimmung des Kongresses zu TTIP ziemlich schlecht.“*

James Mulhern, Vorsitzender des US-amerikanischen Milcherzeugerverbands (Maler & Hutchison, 2015)

## ZUR DISKUSSION STEHENDE HANDELSHEMNMISSE

In den TTIP-Verhandlungen werden zwei Arten staatlicher Maßnahmen diskutiert, die für den Handel von Belang sind: Zum einen geht es um Zölle, die auf Importe erhoben werden, zum anderen um Vorschriften und Verfahren, die sich in den USA und der EU unterscheiden, sogenannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse.

## ZÖLLE UND ZOLLKONTINGENTE

Zölle sind Steuern oder Abgaben, die üblicherweise als prozentualer Anteil des Produktwerts auf Importe erhoben werden, bevor die Erzeugnisse in einem Markt verkauft werden dürfen. Durch Zölle werden Importprodukte teurer und heimische Erzeuger\*innen geschützt, jedoch gelten sie als Beeinträchtigung des freien Handels. Eine andere Art von Zöllen sind sogenannte Zollkontingente, bei denen für Einfuhren eines bestimmten Produkts bis zu einer festgelegten Menge (Kontingent) geringe oder keine Zölle anfallen. Eine dritte Spielart sind Präferenzzollkontingente, die Einfuhren aus bestimmten Ländern oder Ländergruppen mit nur geringen oder keinen Zöllen belegen. Kontingente werden gegebenenfalls als Kompromiss eingesetzt, so dass Märkte bis zu einem bestimmten Punkt für Importe geöffnet werden.

## NICHT-TARIFÄRE HANDELSHEMNMISSE

Nicht-tarifäre Handelshemmnisse sind rechtliche Auflagen, die Wareneinfuhren erfüllen müssen, bevor sie im entsprechenden Land verkauft werden können. Berichten zufolge drehen sich 80 Prozent der TTIP-Verhandlungen um diese nicht-tarifären Handelshemmnisse, während lediglich 20 Prozent der Aushandlung von Zolltarifen gelten (Euractiv, 2015).

In Bezug auf Lebensmittel und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse werden die nicht-tarifären Handelsbeschränkungen grob in zwei Kategorien unterteilt (UNCTAD, 2015). In erstere fallen Gesetze und Einschränkungen hinsichtlich der Lebensmittelsicherheit, des Schutzes von Pflanzen, Tieren und Menschen, der Vorbeugung der Einschleppung von Schädlingen und Krankheiten sowie des Schutzes der Biodiversität. Man spricht auch von sanitären und phytosanitären Standards (SPS). Zur zweiten Kategorie zählen technische Vorschriften und Anforderungen, sogenannte technische Handelshemmnisse. Hierzu zählen beispielsweise Auflagen zur Registrierung, Kennzeichnung, Verpackung, Überwachung oder den Transport von Lebensmitteln.

## VON DEN USA ALS UNBEGRÜNDETE HANDELSHEMNMISSE ERACHTETE MASSNAHMEN DER EUROPÄISCHEN UNION



### EU Maßnahme



### Position der US-Regierung

Einfuhrverbot für Rindfleisch von Tieren, denen Wachstumshormone verabreicht wurden.

„wissenschaftlich nicht belegt“ (US-Handelsbeauftragter, 2014: 16)

Einfuhrverbot für Schweinefleisch von Tieren, denen der Wachstumsförderer Ractopamin verabreicht wurde.

„gewisse Handelspartner stützen sich auf andere Kriterien als die rein wissenschaftlichen“ (US-Handelsbeauftragter, 2014: 19)

Vorschriften für die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln aus gentechnisch veränderten Ackerfrüchten

„handelstechnisch unmöglich“ (US-Handelsbeauftragter, 2104: 44)

Pufferzonen zur Verhinderung einer Kontamination von gentechnikfreien Erzeugnissen durch gentechnisch veränderte Organismen

„überflüssig und beschwerlich“ (US-Handelsbeauftragter, 2014: 44)

Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel

„schafft technische Handelshemmnisse aufgrund der falschen Annahme, dass diese Lebensmittel unsicher seien“ (US-Handelsbeauftragter, 2014: 21)

Einfuhrverbot von Geflügelfleisch, das mit chemischen Verfahren zur Abtötung von Krankheitserregern behandelt wurde

„erscheint nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen gegründet“ (US-Handelsbeauftragter, 2014: 47)

EU-Grenzwerte für Pestizidrückstände in Lebensmitteln

„unangemessen niedrige Grenzwerte“ (US-Handelsbeauftragter, 2014: 25)

EU-Grenzwerte für Pestizidrückstände in Lebensmitteln

„eher ein Kriterium für Qualität denn für Lebensmittelsicherheit“ (US-Handelsbeauftragter, 2014: 47)

*„In diesem Kampf [gegen TTIP] geht es darum, die menschliche Dimension der Landwirtschaft zu erhalten, und zwar sowohl in der EU als auch in den USA, anstatt eine industrielle Agrarwirtschaft zu unterstützen, die zulasten der Gesundheit von Mensch und Umwelt geht und auf der Ausbeutung von Tieren und Menschen beruht.“*

Europäische Koordination Via Campesina (ECVC, 2015)

# Auswirkungen von TTIP auf den Agrarhandel

Der Agrarhandel zwischen der EU und der USA unterscheidet sich bezüglich der Art der gehandelten landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Fast zwei Drittel der Exporte aus der Europäischen Union sind verarbeitete Produkte, die direkt an die Verbraucher gehen (Grueff & Tangerman, 2013), beispielsweise Wein, Whisky und Käse. Bei den aus den USA ausgeführten Erzeugnissen handelt es sich hingegen hauptsächlich um Agrarrohstoffe und Futtermittel. Im Agrarhandel mit den USA überstiegen die

EU-Exporte im Jahr 2015 die US-Importe. Der erwirtschaftete Handelsüberschuss belief sich auf 7,2 Milliarden Euro, was in erster Linie auf die Ausfuhren von Alkohol zurückzuführen ist. Diese machten in 2015 einen Anteil von 45 Prozent des Exportwerts aus. (Europäische Kommission, 2016). Lässt man Alkohol in den Berechnungen außen vor, sinkt der Handelsüberschuss auf nur noch 97 Millionen Euro (siehe untere Tabelle).

Top 20 Agrar- und Lebensmittelausfuhren der EU in die USA (2015)	Millionen Euro	% von Gesamt	Top 20 Agrar- und Lebensmittelausfuhren der USA in die EU (2015)	Millionen Euro	% von Gesamt
1.) Spirituosen, Liköre und Wermut	3.867	19,9	1.) Südfrüchte (frisch oder getrocknet), Nüsse und Gewürze	2.695	22,5
2.) Wein, Most und Essig	3.321	17,1	2.) Sojabohnen	1.727	14,4
3.) Bier	1.468	7,6	3.) Spirituosen, Liköre und Wermut	823	6,9
4.) Wasser und Erfrischungsgetränke	980	5	4.) Lebensmittelzubereitungen (ohne nähere Angabe)	523	4,4
5.) Käse	905	4,7	5.) Wein, Most und Essig	509	4,2
6.) Zubereitungen aus Gemüse, Obst oder Nüssen	834	4,3	6.) Ölkuchen	432	3,6
7.) Pasta, Gebäck, Kekse und Brot	820	4,2	7.) Rohtabak	365	3,0
8.) Olivenöl	800	4,1	8.) Gemüse (frisch, gekühlt und getrocknet)	329	2,7
9.) Schokolade, Süßwaren und Speiseeis	653	3,4	9.) Heimtierfutter	307	2,6
10.) Lebensmittelzubereitungen (ohne nähere Angabe)	493	2,5	10.) Ölsaaten (außer Sojabohnen)	305	2,5
11.) Lebende Tiere	374	1,9	11.) Weizen	296	2,5
12.) Kasein, Eiweißstoffe und modifizierte Stärke	351	1,8	12.) Zubereitungen aus Gemüse, Obst oder Nüssen	271	2,3
13.) Gummien, Harze und andere Pflanzenauszüge	286	1,5	13.) Kasein (außer modifizierte Stärke)	268	2,2
14.) Gemüse: frisch, gekühlt, getrocknet	269	1,4	14.) Rindfleisch: frisch, gekühlt, gefroren	236	2,0
15.) Schweinefleisch: frisch, gekühlt, gefroren	268	1,4	15.) Obst (frisch oder getrocknet; außer Süd- und Zitrusfrüchte)	210	1,8
16.) Ungerösteter Kaffee, loser Tee und Mate	265	1,4	16.) Andere Futtermittel und Futtermittelbestandteile	204	1,7
17.) Ätherische Öle	215	1,1	17.) Pflanzenöle (außer Palm- und Olivenöl)	200	1,7
18.) Heimtiernahrung	213	1,1	18.) Fettsäuren und Wachse	172	1,4
19.) Fleischzubereitungen	191	1,0	19.) Ätherische Öle	166	1,4
20.) Südfrüchte (frisch oder getrocknet), Nüsse und Gewürze	190	1,0	20.) Erzeugnisse ohne besondere Zuordnung	161	1,3
Alle übrigen Erzeugnisse	2.645	13,6	Alle übrigen Erzeugnisse	1.787	14,9
<b>Gesamt</b>	<b>19.407</b>		<b>Gesamt</b>	<b>11.986</b>	
	<b>Agrarhandelsbilanz der EU mit den USA</b>			<b>7.241</b>	
	<b>Agrarhandelsbilanz der EU (ohne Alkohol)</b>			<b>97</b>	

## HANDEL MIT ERZEUGNISSEN DER AGRAR- UND LEBENSMITTELINDUSTRIE ZWISCHEN DEN USA UND DER EU (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2016)

Die USA sind der größte Importeur von EU-Agrarprodukten (Europäische Kommission, 2016), obschon sich die Handelsmuster zwischen den USA und den einzelnen EU-Mitgliedstaaten stark unterscheiden. Für viele, insbesondere für Länder außerhalb der EU-15-Staaten, sind die Vereinigten Staaten kein besonders wichtiger Handelspartner. Die größten Exporteure von Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln in die USA sind Frankreich, Italien, Spanien, die Niederlande und Deutschland, während die Liste der Importeure US-amerikanischer Agrarprodukte von Deutschland, Spanien, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich angeführt wird.

Auch wenn häufig behauptet wird, dass Zölle für den Handel zwischen den USA und der EU kein nennenswertes Hemmnis darstellen, werden diese dennoch von beiden Wirtschaftsräumen auf Agrarprodukte erhoben (siehe untere Tabelle). Neben Zolltarifen gibt es noch eine Vielzahl unterschiedlicher Regularien und Bestimmungen sowie Verfahren und Kontrollen zwischen der EU und den USA. Diese nicht-tarifären Handelshemmnisse behindern

den Marktzugang, wurden jedoch keinesfalls zu diesem Zweck eingeführt (siehe Kapitel 1). Einzelheiten zu diesen Maßnahmen sind mitunter nur sehr schwer in Erfahrung zu bringen, allerdings sind Länder der Welthandelsorganisation WTO gegenüber zur Meldung jeglicher Änderungen an derartigen Bestimmungen verpflichtet. Nach einer kürzlich für das Europäische Parlament erstellten Studie haben die USA im Jahr 2012 der WTO gemeldet, dass 98 Prozent ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel von neuen oder geänderten sanitären und phytosanitären Standards (SPS) betroffen seien sowie 87,6 Prozent von „technischen Handelshemmnissen“. Die EU wiederum meldete neu eingeführte oder abgeänderte SPS-Maßnahmen für insgesamt 97,6 Prozent und „technische Handelshemmnisse“ für 100 Prozent ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse bzw. Lebensmittel (Bureau, et al., 2014: 23).

### Beispiele der Durchschnittszollsätze nach Kategorie, 2010 (Bureau, et al., 2014)

Agrarprodukt	Von den USA auf Einfuhren aus der EU erhobener Zollsatz	Von der EU auf Einfuhren aus den USA erhobener Zollsatz
Milchprodukte	20,2%	42%
Zucker	18,7%	24,3%
Andere Lebensmittelzubereitungen	9,4%	-
Lebensmittelzubereitungen mit Gemüse	7,6%	18,4%
Lebensmittelzubereitungen mit Getreide	5,8%	8,5%
Gemüse	4,8%	10,6%
Fleisch	4,7%	45,1%

### DAS PROBLEM DER AGRARSUBVENTIONEN

In den USA und der EU existieren sehr unterschiedliche Systeme zur finanziellen Unterstützung der Landwirtschaft. Mit dem US-amerikanischen Agrargesetz aus dem Jahr 2014 wurde zu einem Risikomanagement-System mit einer subventionierten Ernteausfallversicherung gewechselt. Im Gegensatz dazu werden etwa 60 % der finanziellen Unterstützungen der EU als Direktzahlungen an die Landwirt\*innen ausgezahlt und nur 1 % als Ernteausfallversicherung genutzt (GD Interne Politikbereiche, 2014). Die EU-Verordnung 1305/2013 verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Einführung von anerkannten Versicherungsmechanismen für Landwirt\*innen, jedoch kommentierte die Kommission, es sei „zu bezweifeln, dass [bis 2020] Risikomanagement-Instrumente entwickelt sein werden“ (ebd.: 16).

Europäische Landwirtschaftsverbände beklagen, dass das US-amerikanische System Preisschwankungen fördert, da es Bäuerinnen und Bauern gegen niedrige Preise absichere. Landwirt\*innen aus der EU seien dagegen Unbeständigkeiten des Marktpreises stärker ausgesetzt (Confederation Paysanne (n.d.). Da Reformen der Unterstützungsmechanismen für landwirtschaftliche Betriebe bei den TTIP-Verhandlungen ausgenommen wurden, könnte es darauf hinauslaufen, dass EU- und US-Landwirt\*innen beider Wirtschaftsräume in einem Markt miteinander konkurrieren, dabei jedoch durch völlig verschiedene Unterstützungsinstrumente abgesichert sind.

## PROGNOSTIZIERTE AUSWIRKUNGEN AUF DIE LANDWIRTSCHAFT

Wenngleich oft betont wird, welch großen wirtschaftlichen Nutzen ein Handelsabkommen zwischen der EU und den USA hätte, gibt es nur wenige Studien, in denen die potenziellen ökonomischen Auswirkungen von TTIP auf die Agrar- und Lebensmittelindustrie näher untersucht wurden (siehe untere Tabelle).

Die Europäische Kommission führte zur Untermauerung der von ihr prognostizierten wirtschaftlichen Vorteile von TTIP eine Studie des Zentrums für wirtschaftspolitische Forschung CEPR an (Francois, et al., 2013). In dieser wurden jedoch Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft in einer Kategorie zusammengefasst, als handele es sich um ein und dieselbe Branche. Die Studie prognostiziert einen minimalen Anstieg der EU-Ausfuhren (0,03 Prozent für die Land- und Forstwirtschaft und Fischerei sowie 0,06 Prozent für verarbeitete Lebensmittel). Allerdings gibt sie keinen Aufschluss über die Auswirkungen des Abkommens auf einzelne Agrarbranchen. Darüber hinaus erfolgte die Auswertung unter der Annahme einer praktisch vollständigen Abschaffung der Zölle auf Agrarerzeugnisse. Angesichts der Tatsache, dass sowohl die USA als auch die EU bereits in anderen Handelsabkommen an geltenden Maßnahmen zum Schutz ihrer wichtigen Landwirtschaftssektoren – in der EU insbesondere bei Rind- und Schweinefleisch und in den USA die Milchwirtschaft – festhielten, ist dies mehr als unwahrscheinlich.

Eine tiefere Analyse nahm das französische Institut für Wirtschaftsanalyse Centre d'Etudes Prospectives et d'Informations Internationales (CEPII) vor (Fontaigne, Gourdon, & Jean, 2013). In dessen Studie wurden die Konsequenzen der teilweisen Abschaffung nicht-tarifärer Handelshemmnisse und die Auswirkungen einer Beseitigung von Zolltarifen für bestimmte Sektoren untersucht. Als Folge des TTIP-Abkommens prognostiziert die Studie einen starken Anstieg des Handels mit Agrarprodukten, jedoch einzig zugunsten der US-amerikanischen Erzeuger\*innen. Während der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU um 0,8 Prozent sinken würde, könnten die USA einen Anstieg der Produktion von 1,9 Prozent verzeichnen. Die Autor\*innen rechnen mit dem größten Zuwachs bei Milcherzeugnissen, Faserpflanzen und Fleischprodukten, wobei der Anstieg mehrheitlich US-Betrieben zugutekommt. Besonders negativ vom Abbau der Zölle betroffen wären der Studie zufolge die US-amerikanische Milchwirtschaft und die Fleischbranche in der Europäischen Union, hier speziell die Rinderproduktion.

Im Jahr 2014 gab das Europäische Parlament eine umfassende Studie über die Auswirkungen von TTIP auf die Agrarwirtschaft in Auftrag (Bureau, et al., 2014). Das Forscherteam analysierte mehrere Szenarien für Zollsenkungen und die Abschaffung nicht-tarifärer Handelshemmnisse. Während für EU-Ausfuhren in die USA ein Anstieg um 56 Prozent prognostiziert wird, ergeben die Berechnungen für US-amerikanische Exporte in die EU einen möglichen Anstieg um bis zu 116 Prozent. Der durch den EU-Agrarsektor erwirtschaftete Anteil am BIP beträgt in allen Szenarien nur zwischen 0,3 Prozent und maximal 0,7 Prozent. Noch viel drastischer jedoch als die Zollsenkungen würde sich gemäß der Studie der Abbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen auswirken: Eine Minderung der nicht-tarifären Maßnahmen für Milchprodukte um 25 Prozent würde für die USA beispielsweise einen Anstieg der Ausfuhren in die EU um 2.000 Prozent bedeuten.

Die Studie untersuchte zudem die Auswirkungen von TTIP auf der Ebene der Mitgliedstaaten. Den baltischen Staaten steht demnach im gesamten Agrar- und Lebensmittelsektor ein Rückgang der Produktion um 1,3 Prozent und in der Schweine- und Geflügelfleischproduktion um 9,6 Prozent bevor. Die beiden Branchen erwirtschaften zusammengenommen einen Anteil von 12,4 Prozent am BIP dieser Länder. Für Spanien und Italien prognostiziert die Studie einen Rückgang des Beitrags zum BIP durch den Sektor Obst und Gemüse, in Spanien und Frankreich durch die Getreidewirtschaft und in den Benelux-Staaten, in Österreich, Deutschland sowie dem Vereinigten Königreich durch die Milchwirtschaft. Alle gelten in den jeweiligen Ländern als wichtige Sektoren.

Studie	Annahmen und Methoden	Prognosen
Centre for Economic Policy Research (CEPR) (Francois, et al., 2013)	Senkung der Zölle um 98% und kein Abbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen im Bereich Landwirtschaft  Einteilung des Agrar- und Lebensmittelsektors in nur zwei Kategorien: „Land- und Forstwirtschaft und Fischerei“ sowie „Verarbeitete Lebensmittel“	Anstieg der EU-Produktion in der Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei um 0,03 %  Anstieg der EU-Produktion bei verarbeiteten Lebensmitteln um 0,06 %
Centre d'Etudes Prospectives et d'Informations Internationales (CEPII) (Fontaigne, Gourdon, & Jean, 2013)	Abbau der Zölle für die Agrarwirtschaft  Senkung des Wertäquivalents von nicht-tarifären Handelshemmnissen um 25 %  Einteilung des Agrarhandels in grobe Unterkategorien  Gesonderte Analyse von alkoholischen Getränken und Lebensmitteln	Anstieg der US-Exporte für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel um 168 %  Anstieg des Beitrags der Agrarwirtschaft zum US-BIP um 1,9 % (6,6 Mrd. USD bei Preisen aus 2007)  Anstieg der EU-Exporte für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel um 149 %  Rückgang des Beitrags der Agrarwirtschaft zum EU-BIP um 0,8 % (5,8 Mrd. USD bei Preisen aus 2007)  Rückgang des Beitrags der Agrarwirtschaft zum BIP: Deutschland (-1,2 Mrd. USD), Vereinigtes Königreich (-1,1 Mrd. USD), Frankreich (-700 Mio. USD), Südeuropa (-1,1 Mrd. USD)
Europäisches Parlament (Bureau, et al., 2014)	Analyse verschiedener Szenarien  Bezugsszenario: Senkung nicht-tarifärer Handelshemmnisse um 25 % und Abbau aller Zölle bis 2025  Einteilung des Agrarhandels in unterschiedliche Kategorien  Prognose der Auswirkungen auf einzelne Mitgliedstaaten bzw. Staatengruppen	Anstieg der EU-Exporte um 56 % einschließlich Getränke, Tabak, Milchprodukte und anderer Lebensmittelzeugnisse (inklusive zubereiteter Fisch sowie Gemüse, Mehle und Säfte)  Anstieg der US-Exporte um 116 % einschließlich anderer Lebensmittelzeugnisse, Milchprodukte, Obst und Gemüse, Geflügelfleisch und Getreide  Die Senkung nicht-tarifärer Handelshemmnisse hat die größte Wirkung
Economic Research Service des US-Landwirtschaftsministerium, (USDA) (Beckman, et al., 2015)	Verwendung neuerer Daten (aus 2011)  Keine Untersuchung auf Ebene der Mitgliedstaaten, jedoch Einteilung des Agrarsektors in 38 Kategorien  3 Szenarien: a) Abschaffung aller Zölle und Zollkontingente, b) Abbau bestimmter nicht-tarifärer Handelshemmnisse und c) Auswirkung der Verbraucherpräferenzen auf inländische Waren	Anstieg der US-Exporte um 5,475 Mrd. USD  Anstieg der EU-Exporte um 747 Mio. USD  Anstieg der US-Exporte in fast jeder Lebensmittelkategorie  Rückgang des EU-Marktpreises in jeder Lebensmittelkategorie

## POTENZIELLE SZENARIEN: HINWEISE AUS DEN HANDELSABKOMMEN CETA UND TPP<sup>7</sup>

Kürzlich geschlossene Freihandelsabkommen geben Aufschluss über die mögliche Behandlung von Agrarprodukten in den TTIP-Gesprächen zwischen der EU und den USA.

Im europäisch-kanadischen Freihandelsabkommen CETA willigte die EU in die Abschaffung von 92,2 Prozent bis 93,8 Prozent der Agrarzölle ein, wenn auch mit einigen Ausnahmen (Europäische Kommission, 2014b):

- Für Äpfel, Zitrusfrüchte, Kiwis, Kopf- und Endiviensalat, Pfirsiche und Nektarinen, Birnen, Erdbeeren, süße Paprika, Tafeltrauben und Tomaten gilt weiterhin die Einfuhrpreisregelung (beschränkt die Einfuhren der aufgeführten Produkte in die EU bis zu einem bestimmten Preisniveau).
- Für zollfreie Importe von Rind- und Schweinefleisch sowie Zuckermais in Dosen wurden Zollkontingente eingeführt.
- Hühner- und Putenfleisch sowie Eier und Eiprodukte wurden ganz vom Abkommen ausgenommen.

Im transpazifischen TPP-Abkommen willigten die USA in die Abschaffung der Zölle auf fast alle Agrarimporte aus den Partnerländern ein, legte jedoch Zollkontingente für die Einfuhr von Zucker und Milchprodukten fest (USDA, 2015).

Die EU hat in CETA Schutzmaßnahmen für ein umfassendes Sortiment an Erzeugnissen eingerichtet, jedoch ist augenfällig, dass die USA in den TPP-Verhandlungen ihre Milchindustrie massiv verteidigt hat. Die Europäische Kommission führt die Milchwirtschaft als wichtigen Bereich an, in dem durch TTIP Handelsgewinne erwirtschaftet werden könnten. Dies ist aber nur dann möglich, wenn die USA hierzu eine andere Position vertreten als im Abkommen mit ihren pazifischen Handelspartnern.

Die neueste Studie stammt aus der Feder des Economic Research Service des US-Agrarministeriums (USDA) (Beckman, et al., 2015). Obwohl dabei die Auswirkungen für die einzelnen Mitgliedstaaten nicht untersucht wurden, gibt die Studie durch Einteilung des Agrarhandels in 38 unterschiedliche Kategorien detailliert Aufschluss zu den verschiedenen Landwirtschaftssektoren. Analysiert wird nicht nur die Aufhebung der Zölle, sondern auch die Abschaffung zahlreicher nicht-tarifärer Handelshemmnisse, die vom US-Agrarministerium USDA als kostenintensiv für die USA eingestuft wurden (siehe untere Tabelle). Die Prognosen des USDA legen einen beträchtlichen Anstieg der US-amerikanischen Exporte nahe, die mit einem kontinuierlichen Rückgang von Marktpreisen und Produktion in der EU einhergehen.

Einige der untersuchten Szenarien des US-Agrarministeriums erscheinen jedoch unrealistisch. So geht das Forscherteam davon aus, dass die EU alle nicht-tarifären Handelshemmnisse, die von den USA als kostenintensiv eingestuft wurden, abschafft. Inbegriffen sind dabei auch Maßnahmen zum Verbraucherschutz, welche die EU bereits in Handelsstreitfällen verteidigt hat. Sämtliche dieser Maßnahmen abzuschaffen, wäre ein gewaltiges Zugeständnis von Seiten der Europäischen Kommission, für das die Zustimmung durch das Europäische Parlament oder die Mitgliedstaaten nicht sehr wahrscheinlich ist.

## Einige der vom US-Agrarministerium USDA als kontrovers eingestufte nicht-tarifäre Handelshemmnisse (Arita, Mitchell, & Beckman, 2015)

Nicht-tarifäres Handelshemmnis	Gilt für	Kosten ausgedrückt als Zolläquivalent (%) (Arita, Mitchell, & Beckman, 2015)	USDA-Prognose bei Abschaffung (Beckman, et al., 2015)
EU-Auflagen für Fleisch von Tieren, die mit Wachstumshormonen und bestimmten Antibiotika behandelt wurden	Rindfleisch	23 % - 24 %	Anstieg der US-Importe: 1,861 Mrd. USD EU-Produktion: - 1,52 %
EU-Auflagen für unter Einsatz von Wachstumsförderern und anderen SPS-Maßnahmen produziertes Fleisch	Schweinefleisch	81 %	Anstieg der US-Exporte: 2,394 Mrd. USD EU-Produktion: - 2,97 %
EU-Auflagen für mit Verfahren zur Abtötung von Krankheitserregern behandeltes Fleisch (Chlorwäsche etc.)	Geflügelfleisch	102 %	Anstieg der US-Exporte: 33 Mio. USD EU-Produktion: - 0,08 %
EU-Zulassung und -Regulierung von aus gentechnisch veränderten Ackerfrüchten produzierten Nahrungsmitteln	Soja	17 %	Anstieg der US-Exporte von Soja: 861 Mio. USD
	Mais	79 %	Anstieg der US-Exporte von Mais: 361 Mio. USD
EU-Maximalgrenzwert für Rückstände von Pestiziden und anderen Substanzen	Gemüse	53 %	Anstieg der US-Exporte von Gemüse: 466 Mio. USD EU-Produktion: - 0,04 %
	Obst	35 %	Anstieg der US-Exporte von Obst: 187 Mio. USD
Zulassungsverfahren der USA für die Einfuhr neuer Obst- und Gemüsesorten (Schadorganismus-Risikoanalyse)	Gemüse	37 %	Anstieg der EU-Exporte von Gemüse: 613 Mio. USD EU-Produktion: - 0,04 %
	Obst	45 %	Anstieg der EU-Exporte von Obst: 495 Mio. USD EU-Produktion: + 1,13 %

Über diese nicht-tarifären Handelshemmnisse hinaus untersucht das USDA-Modell auch, was passieren würde, wenn für den Agrarhandel alle Zölle und Zollkontingente abgeschafft würden. Die Studie prognostiziert einen Anstieg der US-Ausfuhren um 5,475 Milliarden USD, für die Exporte der EU in die USA hingegen nur einen Anstieg um 747 Millionen USD. Die US-Exporte wachsen in fast jeder Lebensmittelkategorie und führen zu einem Sinken der EU-Marktpreise insbesondere für Reis, Weizen, grobkörnige Getreidesorten (einschließlich Mais), Obst, Nüsse, Zuckerrüben, andere Ackerfrüchte, Rinder, Schweine, Rindfleisch, Schweinefleisch, andere Fleischsorten, Molke, Butter, verarbeiteter Zucker, verarbeiteter Reis und verarbeitete Futtermittel (siehe Tabelle auf S. 14 für weitere ausgewählte Beispiele). Die EU-Exporte wachsen nur mäßig und die Preise in der EU würden weiter fallen. Dies gilt auch für jene Lebensmittelsektoren, bei welchen die EU offensive Interessen vertritt (beispielsweise für Käse, Obst und Gemüse).

## Ausgewählte Beispiele von Prognosen für den Handel mit Agrarnahrungsmitteln bei Beseitigung aller Zölle und Zollkontingente (Beckman, et al., 2015)

Lebensmittelkategorie	Anstieg der US-Ausfuhren in die EU (in USD)	Anstieg der US-Ausfuhren in die EU (in %)	Änderungen des EU-Marktpreises (in %)	Änderungen in der EU-Produktion (in %)
Rindfleisch	1,467 Mrd.	645	-0,25	-1,11
Getreidezubereitungen	436 Mio.	44	-0,15	0,05
Zubereitetes Obst und Gemüse	372,5 Mio.	60,85	-0,15	0,05
Schweinefleisch	322 Mio.	181	-0,32	-0,01
Butter	151 Mio.	206	-2,33	-0,86
Weizen	114 Mio.	23,22	-0,33	-0,28
Rohreis	98 Mio.	444,39	-0,69	-2,32
Obst	94 Mio.	29,67	-0,3	-0,08
Molke	34 Mio.	435,08	-0,68	-0,06

Lebensmittelkategorie	Anstieg der EU-Ausfuhren in die USA (in USD)	Anstieg der EU-Ausfuhren in die USA (in %)	Änderungen des EU-Marktpreises (in %)	Änderungen in der EU-Produktion (in %)
Käse	325 Mio.	30,44	-0,3	0,52
Pflanzenöl	95 Mio.	10,81	-0,11	0,09
Andere Ackerfrüchte	70,6 Mio.	9,35	-0,28	-0,06

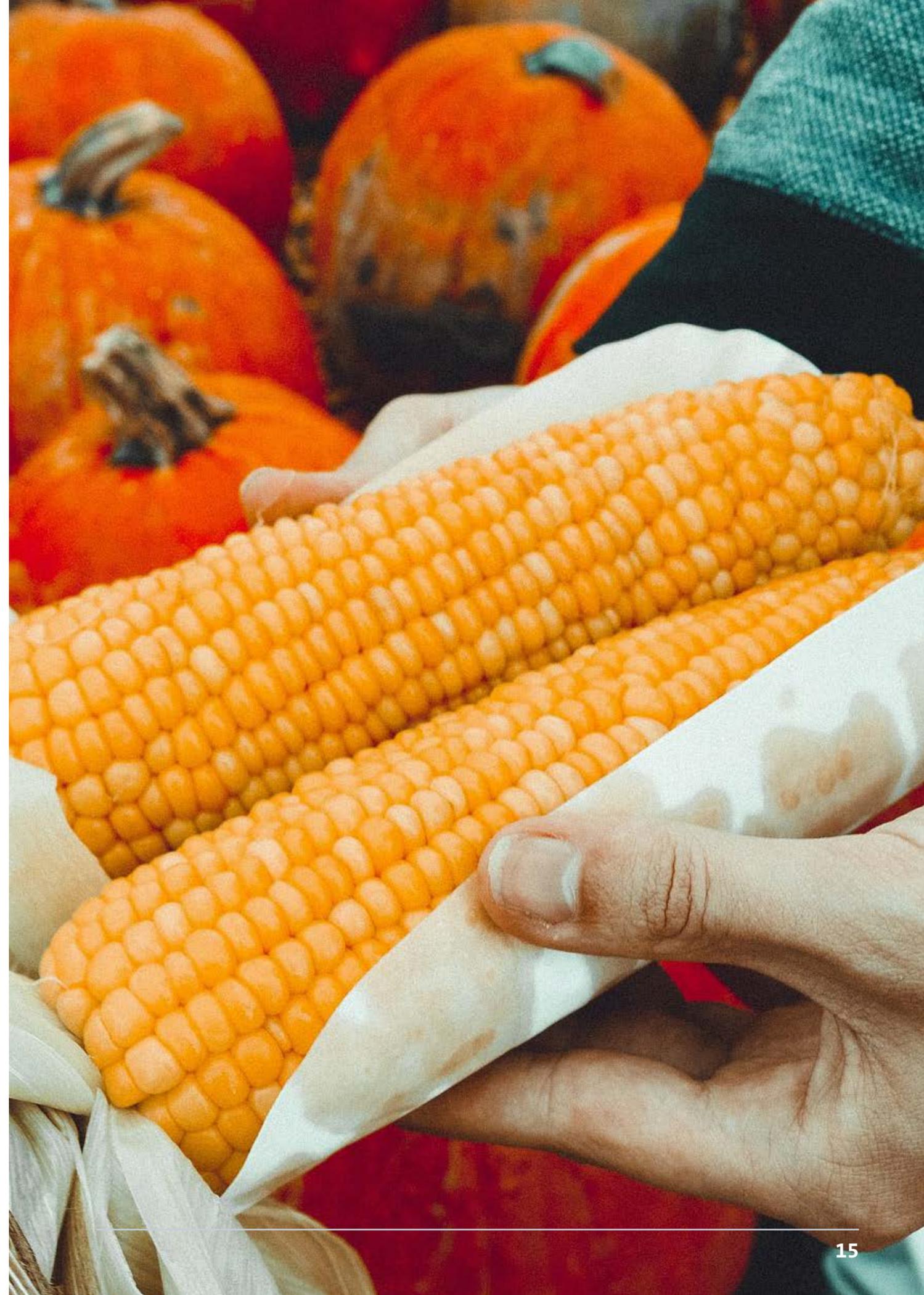
### Wie verlässlich sind die Studien?

Da die TTIP-Verhandlungen hinter verschlossenen Türen durchgeführt werden und nicht bekannt ist, in welchem Umfang Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse abgebaut werden sollen, sahen sich sämtliche Forscherteams gezwungen, ihre Modellstudien auf geschätzte Szenarien zu begründen. Darüber hinaus ist es schon allein aufgrund der Komplexität des Agrarhandels „unmöglich, mit einem einzigen Rahmenwerk eine detaillierte und genaue Analyse aller Themen und Sektoren zu erreichen“ (Bureau, et al., 2014: 33).

In sämtlichen Modellen wurden die Ergebnisse des berechenbaren allgemeinen Gleichgewichtsmodells (CGE) des Global Trade Analysis Project (GTAP) verwendet. Dieser Modellansatz ist aufgrund der den Analysen zugrundeliegenden ökonomischen Annahmen umstritten (Raza, et al., 2014). Es wurde die Frage aufgeworfen, ob mit derartigen Modellen die Komplexität der Agrarmärkte und der nicht-tarifären Handelshemmnisse überhaupt exakt dargestellt werden könne. Die Verfasser\*innen der vom Europäischen Parlament beauftragten Studie geben beispielsweise an, dass eine Unterscheidung zwischen dem Rindfleischhandel von Tieren, die ohne Hormone und die mit Hormonen behandelt wurden,

nicht möglich war. Ferner erklären sie, dass in Bezug auf Zucker und Biokraftstoffe „die Richtlinien in diesen Sektoren in der Praxis so komplex sind, dass diese in einem allgemeinen Rahmenwerk nicht präzise erfasst werden können“ (Bureau, et al., 2014: 33).

Das Europäische Parlament beauftragte das Centre for European Policy Studies mit der Evaluierung der CEPR- und CEPII-Studien. Demnach ist das CGE-Modell derzeit im Vergleich mit anderen Modellen das modernste und beste. Allerdings sind die Nachteile nicht von der Hand zu weisen, wie etwa eine unrealistische Analyse der Arbeitsmarkteffekte. Obwohl das Evaluierungsteam den verwendeten Forschungsansatz weitgehend befürwortet, betont es, dass TTIP sich von anderen Freihandelsabkommen unterscheidet. So wird bei TTIP besonderer Nachdruck auf die regulatorische Anpassung und die Abschaffung nicht-tarifärer Handelshemmnisse gelegt. Es ist daher „extrem schwierig, diese in einer Wirtschaftsmodellierung angemessen anzugehen und Beispiele, in denen dies versucht wurde, gibt es nur wenige“ (Pelkmans, et al., 2014: 3).



# Konfliktbereich geografische Angaben



Eine geografische Angabe kennzeichnet ein landwirtschaftliches Erzeugnis, dessen Produktion ausschließlich im traditionell damit verbundenen Herkunftsgebiet erfolgen darf. Champagner darf nur im französischen Weinbaugebiet Champagne produziert werden, Parmaschinken nur in der italienischen Region Parma. Das WTO-Abkommen, das geistige Eigentumsrechte regelt (TRIPS-Abkommen), beinhaltet zwar den Schutz geografischer Angaben, allerdings konnten sich die WTO-Mitglieder bis heute nicht auf einen international gültigen Mechanismus einigen. Die USA erkennen daher die geografischen Angaben gesetzlich nicht an<sup>8</sup>. Folglich gibt es in den TTIP-Verhandlungen zwei Hauptkonfliktbereiche in Bezug auf Produkte mit geografischer Herkunftsbezeichnung. Einerseits stellt sich die Frage, wie der Schutz geografischer Angaben erfolgen soll, und andererseits, welche Bezeichnungen sich für einen derartigen Schutz überhaupt qualifizieren.

In den Vereinigten Staaten steht Hersteller\*innen der Schutz geografischer Herkunftsbezeichnungen über die Registrierung als Handelsmarke („certification mark“ oder „collective trademark“) offen. Geografische Angaben gelten als Teil des Markenschutzsystems, wobei der Schutz hier nicht in der Herkunft, sondern in den Unterschieden zwischen den Erzeugnissen begründet liegt. Ferner liegt der Schutz des Warenzeichens in den USA in der Verantwortung der Markeninhaber\*innen, die gegen Verstöße gegebenenfalls gerichtlich vorgehen müssen. Im Gegensatz hierzu ist in den Augen der EU für geografische Angaben ein eigenständiges und gesondertes staatlich gesteuertes Schutzsystem vonnöten (festgelegt in Verordnung 1151/2012). Eine Kennzeichnung von Erzeugnissen durch eine geografische Angabe ist nur dann erlaubt, wenn diese in einer bestimmten Region hergestellt werden, sogar die Verwendung

von Formulierungen wie „Stil“ oder „Imitation“ ist untersagt. Die EU hat sich bemüht, ihr System geschützter Herkunftsangaben auch auf die unterschiedlichen bilateralen Handelsabkommen auszuweiten. In den TTIP-Gesprächen gibt es allerdings größere Streitigkeiten über die Frage, ob dem Ansatz der EU oder dem der USA rechtlich mehr Gewicht zugesprochen werden sollte (O'Connor, 2015).

Nach Artikel 24 des TRIPs-Abkommens sollen geografische Angaben nicht für Erzeugnisse gelten, deren Name zur „Gattungsbezeichnung“ geworden sind und allgemein verwendet werden, wie beispielsweise im Fall von Cheddar-Käse. Eine genaue Definition darüber was als „Gattungsbezeichnung“ gilt, ist zwischen der EU und den USA jedoch ein weiteres umstrittenes Thema. In den Verhandlungen zum CETA-Abkommen einigten sich die EU und Kanada auf eine Liste geografischer Bezeichnungen von 173 EU-Erzeugnissen. Kanadische Hersteller\*innen von Käseprodukten wie Asiago, Feta, Gorgonzola und Münster sind nun dazu verpflichtet, diese geografischen Angaben nur in Zusammenhang mit Formulierungen wie „Stil“, „Typ“ oder „Imitation“ zu verwenden (Sinclair, Trew & Mertins-Kirkwood, 2014: 62). Bei US-Hersteller\*innen sorgte dies für Empörung. Ein Zusammenschluss von 177 Kongressabgeordneten forderte die US-Regierung dazu auf, jedwede Form der EU-Gütezeichen zur Herkunftsbezeichnung abzulehnen, da die EU damit versuche, „ihren eigenen Erzeugern exklusiven Zugang zum Markt zu verschaffen“ (US-Kongress, 2014). Ungeachtet dessen wird von einer Liste mit 200 Ursprungsbezeichnungen gesprochen, welche die Kommission durch das TTIP-Abkommen rechtlich schützen lassen will, darunter auch 75 Käsesorten (Inside US Trade, 2014).

„Geografische Angaben erhalten Arbeitsplätze im ländlichen Raum / auf dem Land“

„Viele Erzeugnisse mit geografischen Angaben stammen aus ländlichen, häufig ärmeren Gebieten“

„Geografische Angaben unterstützen Kleinbauern“

„Für Kleinbauern, die Produkte mit geografischer Angabe herstellen, ... ist dies eine Alternative für den Verkauf an große Abnehmer und den Massenmarkt“

(GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, 2015d)



## WER PROFITIERT VOM SCHUTZ GEOGRAFISCHER ANGABEN?

Der EU-Kommission zufolge ist ein starker Schutz durch geografische Angaben in TTIP für die europäischen Landwirt\*innen unerlässlich, damit diese gegenüber den US-Hersteller\*innen keinen Wettbewerbsnachteil erleiden (Hogan, 2015). Allerdings deuten Untersuchungen darauf hin, dass der von der EU-Kommission verfolgte Ansatz der Mehrheit der europäischen Landwirt\*innen keine Vorteile bringen wird, nicht einmal denjenigen Produzent\*innen von Weinen und Lebensmitteln, die durch geografische Angaben geschützt sind.

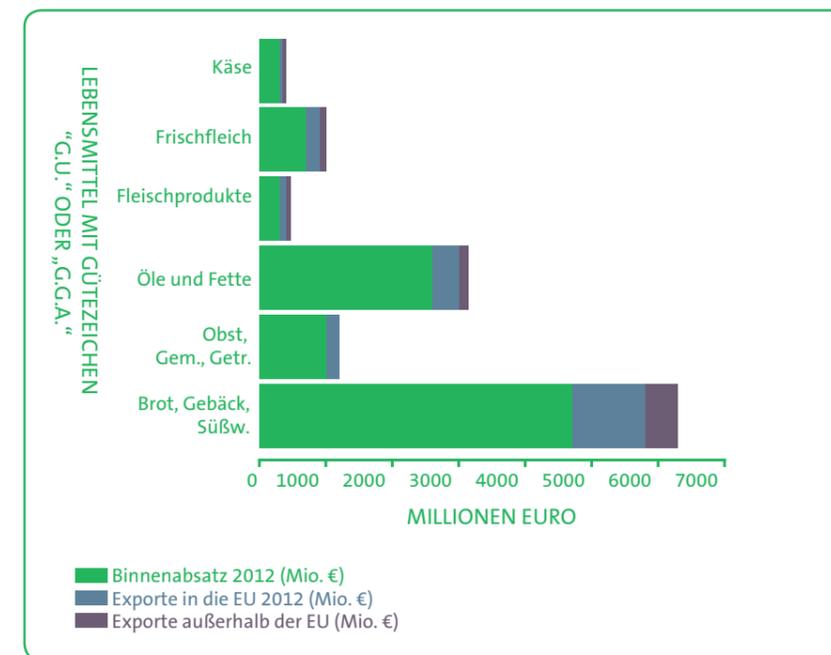
Im Jahr 2015 waren in der EU 1.308 geografische Angaben für Lebensmittel registriert: 2.883 für Weine und 332 für Spirituosen (siehe GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, 2015a, b und c). Nach Angaben der Kommission belief sich der Handel von Erzeugnissen mit geografischen Angaben im Jahr 2010 auf 54 Milliarden Euro (Chever, et al., 2012). Dies entspricht 5,7 Prozent des Gesamtwerts der Lebensmittel- und Wein-Verkäufe in der EU (956 Milliarden Euro). Dennoch stellen Erzeugnisse mit geografischen Angaben einen Anteil von 15 Prozent an den EU-Ausfuhren von Lebensmitteln und Weinen, und die USA sind mit 3,4 Milliarden Euro im Jahr 2010 deren größter Importeur.

Obschon diese Zahlen den Fokus der Europäischen Kommission auf geografische Angaben im Rahmen der TTIP-Verhandlungen zu unterstützen scheinen, wird diese Strategie den eigenen Daten zufolge nicht annähernd so viel Nutzen bringen wie angekündigt. Eine von der Kommission in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass 90 Prozent des Gesamtwerts der Exporte mit geografischen Angaben über Verkäufe von Weinen und Spirituosen erwirtschaftet werden, während Nahrungsmittel nur 9 Prozent der Ausfuhrverkäufe ausmachen (Chever, et al., 2012). 86 Prozent der in Nicht-EU-Länder exportierten Erzeugnisse mit geschützter Herkunftsbezeichnung stammen aus lediglich drei Mitgliedstaaten – Frankreich (40 Prozent), dem Vereinigten Königreich (25 Prozent) und Italien (21 Prozent). Nur eine geringe Zahl an Produkten mit geografischen Angaben prägt den Großteil dieses Handels: Champagner, Cognac, Scotch Whisky, Grana Padano und Parmigiano Reggiano.

Tatsächlich sind die inländischen und die EU-Märkte die weitaus wichtiger beim Verkauf von Lebensmitteln mit geschützter Herkunftsbezeichnung (siehe untere Grafik). Sogar bei Parmaschinken, der in Länder außerhalb der EU exportiert wird, beliefern laut einer kürzlich veröffentlichten Studie 60 Prozent der Erzeuger\*innen ausschließlich den italienischen Markt; zudem dominieren bei Exporten größere, kommerzielle Hersteller (Dentoni, et al., 2012).

„[Die EU] will dieses hohe Wertschöpfungspotenzial schützen. Wir befürchten, dass ein Festhalten an einem derartigen Schutz Produkten, die bereits seit Jahrzehnten unter demselben Namen auf dem Markt erhältlich sind und nun unter einer – unseres Erachtens nach – relativ generischen Bezeichnung vermarktet werden sollen, [den Zugang] zum Markt erheblich erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen wird.“

US-Agrarminister Tom Vilsack (Michalopoulos, 2015)



Quelle: GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (2015f)

## EINE KURZE LISTE

In bisherigen Handelsabkommen hat die Europäische Kommission nur für eine begrenzte Zahl spezifischer Erzeugnisse die geografischen Angaben geschützt. Die 173 Produkte auf der CETA-Liste stammen aus lediglich 14 Mitgliedstaaten und nur sechs der Produkte werden in Ländern außerhalb der EU-15-Gruppe hergestellt. Die Bestimmungen des CETA-Abkommens sehen ausdrücklich vor, dass jegliche Ergänzung zu dieser Liste geschützter geografischer Angaben im Ermessen des gemeinsamen CETA-Ausschusses liegt. Neu in der EU registrierte geografische Angaben sind demnach „nicht grundsätzlich“, auch in CETA anerkannt (Artikel 20.22 (2)). Es ist daher wahrscheinlich, dass mit CETA nur ein geringer Anteil der bei der EU registrierten geografischen Angaben geschützt sein wird. Wie italienische Herstellerverbände bereits dargelegt haben, ist die Mehrheit der italienischen Erzeugnisse mit geografischen Angaben nicht im CETA-Abkommen erfasst, so dass deren Erzeuger\*innen aus dieser Art von Einigung keinen Nutzen ziehen werden (Morgan, 2015).

Bei US-Lobbygruppen treffen die Bemühungen der EU, auch nur diese geringe Anzahl von Erzeugnissen mit geografischer Angabe zu schützen, auf scharfen Widerstand. Sollte man sich jedoch auf eine Liste geschützter Produkte einigen, wird hiervon nur ein bestimmter Teil der EU-Erzeuger\*innen profitieren. Dem Großteil der EU-Landwirt\*innen, die infolge der US-Importe einem starken Wettbewerb ausgesetzt sein werden, nutzt der von der Europäischen Kommission in den TTIP-Verhandlungen verfolgte Ansatz zu geografischen Angaben wenig, selbst wenn sie Lebensmittel mit geografischen Herkunftsangaben herstellen.

## POSITION DER USA

Die erst kürzlich vereinbarte Transpazifische Partnerschaft TPP gibt hinreichend Aufschluss über die von der US-Regierung bevorzugte Option. Im Rahmen des TPP sind geografische Angaben über Warenzeichen geschützt (Artikel 18.19). Das Prinzip des Markenschutzes wurde dahingehend erweitert, dass geografische Angaben als privates geistiges Eigentum erachtet werden und nicht von staatlicher Seite zu schützen sind. Ferner enthält das Abkommen eine Bestimmung, welche die Anwendung geografischer Angaben ausschließt, sofern eine Bezeichnung im importierenden Land bereits als generische Bezeichnung gilt (Artikel 18.32.1c) (US-Handelsbeauftragter, 2015). Sämtliche dieser Bestimmungen stehen im Widerspruch zu dem von der EU verfolgten Ansatz, liefern den USA jedoch das Argument, dass die mit TTIP festzulegenden Vereinbarungen den bereits mit anderen Handelspartnern bestehenden entsprechen sollten.



# Auswirkungen auf die Rindfleischproduktion



Einige wenige US-amerikanische Agrarbetriebe halten ihre Tiere auf Weideland, doch in die meisten Rindfleischbetrieben kommen sogenannte „Feedlots“ – Mastparzellen – zum Einsatz, auf dem die Tiere zusammengehalten und mit Futtermittelmischungen auf Getreidebasis gemästet werden (USDA, 2012). Der Großteil des US-Rindfleischsektors wird von sehr großen Konzernen kontrolliert: Im Jahr 2012 gingen 51 Prozent der Verkäufe von Kälbern und Rindern auf lediglich 2 Prozent der Rindermastbetriebe zurück – solche mit mehr als 1.000 Tieren (USDA, 2012a). Drei Viertel des US-Rindfleischs wird an lediglich fünf große Fleischverarbeitungsbetriebe geliefert<sup>9</sup>.

Die Rindfleischindustrie in der EU ist etwas anders strukturiert und lässt sich in zwei Hauptarten der Viehhaltung einteilen. Zwei Drittel der EU-Rindfleischproduktion sind Nebenprodukt der Milchwirtschaft, und der Großteil der Milchrinder wird nicht auf der Weide, sondern mit Silage gemästet, also mit fermentiertem Gras oder fermentiertem Mais. Die Fleischproduktion von Milchrindern ist nicht direkt an den Rindfleischpreis gekoppelt. Zwar beeinflussen niedrige Rindfleischpreise auch die Halter\*innen von Milchrindern. Doch hängt die Fleischproduktion bei Milchrindern auch von Veränderungen der Herdengröße ab. Diese hängt wiederum mit dem Milchpreis zusammen.

Bei Systemen zur reinen Rindfleischproduktion (häufig als „Mutterkuhhaltung“ bezeichnet) handelt es sich meist um kleinere, einkommensschwache Betriebe mit traditioneller Extensivbeweidung, nicht selten auch in ökologisch sensiblen Gebieten. 94 Prozent der Milchkuhhaltungsbetriebe sind in den Ländern der EU-15-Gruppe angesiedelt, insbesondere in Irland, Spanien, Frankreich, Italien und dem Vereinigten Königreich (Europäische Kommission, 2014a). Jüngste Änderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU ermöglichen den Mitgliedstaaten nun, einen Teil der Finanzmittel zur Unterstützung von Landwirt\*innen mit Rinderhaltung zu verwenden (auch als „fakultative gekoppelte Stützung“ bezeichnet).<sup>10</sup> Die einzelnen Länder innerhalb der EU haben sich für unterschiedlich hohe Beträge entschieden, was nahelegt, dass die finanzielle Unterstützung von Rindfleischerzeuger\*innen künftig variabler sein wird.

Eine Analyse der britischen Absatzförderungsorganisation für Landwirtschaft und Gartenbau („Agriculture and Horticulture Development Board“) liefert Hinweise dafür, dass infolge dieser Änderungen Unterstützungen, ausgedrückt als Anteil des Erzeugerpreises, in einzelnen EU-Mitgliedstaaten und für unterschiedlich große Rindfleischbetriebe zwischen 28 Prozent und 150 Prozent ausfallen können (AHDB, 2013a). Folglich ist das Einkommen von Landwirt\*innen mit Rinderhaltung in einigen EU-Mitgliedsstaaten geschützt, während in anderen die Rindfleischerzeuger\*innen stark von Marktpreisschwankungen betroffen sein werden.

## WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON US-RINDFLEISCH AUF DEN EU-MÄRKTEN (DEBLITZ & DHUYVETTER, 2013)

Die Preise für Rindfleisch liegen in der EU um bis zu 150 Euro pro 100 kg höher als in den USA. Die Kosten der Rindfleischproduktion, insbesondere für Futtermittel und Tiere, unterscheiden sich auch innerhalb der EU beträchtlich. Einer Datenanalyse aus dem Jahr 2010 zufolge fallen die Kosten mittelgroßer US-Feedlots niedriger aus als für fast alle europäischen Rinderhaltungsbetriebe. Sogar bei Berücksichtigung der Transportkosten lag der Preis von US-Rindfleisch um bis zu 100 Euro pro 100 kg unter dem für EU-Rindfleisch.

Ohne den Einsatz von Hormonen oder anderen wachstumsfördernden Substanzen (wie Beta-Agonisten) steigen die Kosten für US-Rindfleisch auf das Niveau der effizientesten EU-Betriebe an. Da sie allerdings auch dann noch immer unter denen der Betriebe in vielen EU-Mitgliedstaaten liegen, hätten US-Fleischproduzent\*innen durch den höheren Preis des EU-Rindfleischs Exportanreize. US-amerikanische Rindfleischexporteur\*innen würden sich aller Voraussicht nach auf hochwertigere Fleischstücke konzentrieren, da die Nachfrage nach günstigerem Rindfleisch über die Milchkuhherden der EU abgedeckt werden kann. Prognosen zufolge würden die US-Importe die EU-Fleischproduktion verdrängen und nicht Rindfleischimporte aus anderen Ländern in die EU. Denn US-Rindfleisch käme der Qualität des in der EU produzierten Fleisches nahe, könnte jedoch zu einem günstigeren Preis angeboten werden.

## FINNLAND

550 EU-Betriebe mit Mutterkuhhaltung  
56 Mio. € fakultative gekoppelte Stützung

## SCHWEDEN

1.410 EU-Betriebe mit Mutterkuhhaltung  
91 Mio. € fakultative gekoppelte Stützung

## POLEN

2.280 EU-Betriebe mit Mutterkuhhaltung  
172 Mio. € fakultative gekoppelte Stützung

## TSCHECHISCHE REPUBLIK

620 EU-Betriebe mit Mutterkuhhaltung  
24 Mio. € fakultative gekoppelte Stützung

## ÖSTERREICH

680 EU-Betriebe mit Mutterkuhhaltung  
12 Mio. € fakultative gekoppelte Stützung

## DEUTSCHLAND

1.860 EU-Betriebe mit Mutterkuhhaltung

## DÄNEMARK

650 EU-Betriebe mit Mutterkuhhaltung  
24 Mio. € fakultative gekoppelte Stützung

## VEREINIGTES KÖNIGREICH

6.060 EU-Betriebe mit Mutterkuhhaltung  
45 Mio. € fakultative gekoppelte Stützung

## IRLAND

15.720 EU-Betriebe mit Mutterkuhhaltung

## BELGIEN

1.430 EU-Betriebe mit Mutterkuhhaltung  
83 Mio. € fakultative gekoppelte Stützung

## LUXEMBURG

100 EU-Betriebe mit Mutterkuhhaltung

## FRANKREICH

10.290 EU-Betriebe mit Mutterkuhhaltung  
652 Mio. € fakultative gekoppelte Stützung

## SPANIEN

12.080 EU-Betriebe mit Mutterkuhhaltung  
€228 Mio. € fakultative gekoppelte Stützung

## PORTUGAL

3.060 EU-Betriebe mit Mutterkuhhaltung  
60 Mio. € fakultative gekoppelte Stützung

## ITALIEN

7.230 EU-Betriebe mit Mutterkuhhaltung  
€108 Mio. € fakultative gekoppelte Stützung

## SLOWENIEN

2.050 EU-Betriebe mit Mutterkuhhaltung  
4 Mio. € fakultative gekoppelte Stützung

Quelle: GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung 2013, 2015g



## GEGENWÄRTIGE HANDELSMUSTER

Im Jahr 1989 untersagte die EU die Produktion und den Import von Rindfleisch, welches von Tieren stammt, denen wachstumsfördernde Hormone<sup>11</sup> verabreicht wurden. Dieser Entscheidung folgten langjährige Handelsstreitigkeiten mit den USA, die beide Seiten erst 2009 lösen konnten: Die EU willigte ein, ein Kontingent von 200.000 Tonnen hormonfreies Rindfleisch aus den USA zollfrei zu importieren. Im Gegenzug verringerte die USA gegen die EU verhängte Strafsanktionen (WTO, 2009). Dieses Zollkontingent wurde seitdem auch auf andere Länder ausgeweitet. Seit 2014 wird den USA ein zollfreies Kontingent für die Einfuhr von 48.500 Tonnen Rindfleisch gewährt.<sup>12</sup> In den Jahren zwischen 2010 und 2013 exportierten die USA jedoch durchschnittlich nur 22.400 Tonnen Rindfleisch pro Jahr in die EU, ein Wert deutlich unterhalb der zulässigen Menge (Europäische Kommission, 2015b). Ein Grund hierfür könnte die Tatsache sein, dass der Großteil des Rindfleischs in den USA unter Gabe von Hormonen produziert wird. Laut Schätzungen einer Studie aus dem Jahr 2013 werden 84 Prozent der Tiere in US-Feedlots mit wachstumsfördernden Hormonen behandelt (Deblitz & Dhuyvetter, 2013). Der gegenwärtige Markt für hormonfreies Rindfleisch ist nicht groß genug, um Anreize für die Entwicklung einer US-Produktion in erheblichem Umfang zu schaffen. Mit dem Zugang zu den europäischen Märkten durch TTIP könnte sich dies ändern.

### TTIP UND WACHSTUMSFÖRDERNDE HORMONE

Den öffentlich zugänglichen Dokumenten der EU-Kommission zu TTIP ist zu entnehmen, dass „die EU an den Auflagen für die Verwendung von Hormonen oder Wachstumsförderern in der Viehhaltung festhalten wird“ (GD Handel, 2015). Der Agrarkommissar Phil Hogan teilte jedoch bei einer Konferenz des US-Agrarministeriums den Delegierten mit, dass die EU bereit sei, über sämtliche Marktzugangshemmnisse für die Landwirtschaft zu sprechen, „einschließlich Auflagen in Bezug auf die Produktionsmethoden für Rind-, Schweine- und Geflügelfleisch“ (US Meat Export Federation, 2015).



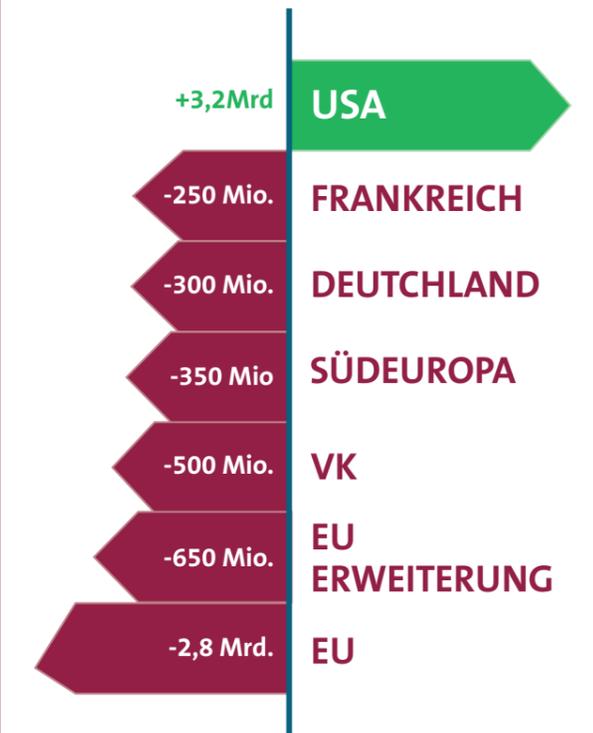
## PROGNOSEN ÜBER DIE AUSWIRKUNGEN VON TTIP

In einem Punkt sind sich die unterschiedlichen Modellstudien einig: der EU-Rindfleischsektor ist in Bezug auf die Auswirkungen von Zolssenkungen besonders empfindlich. Im CEPII-Modell wird mit einem Zuwachs der US-Fleischproduktion um 3,2 Milliarden USD gerechnet, woraus ein Rückgang der EU-Produktion im Gesamtwert von 2,8 Milliarden USD resultiert, dies jedoch nicht nur bei Rindfleisch (Fontaigne, Gourdon, & Jean, 2013: Anhang).

Die Studie des Europäischen Parlaments prognostiziert einen Anstieg des Rindfleischhandels zwischen der EU und den USA von 300 bis 400 Prozent, ohne jedoch nähere Angaben zu den Auswirkungen auf die europäische Rindfleischerzeugung zu machen. Die Autor\*innen geben an, dass es sich „bei Rindfleisch um ein Produkt handelt, für das ... Modelle kaum zuverlässige Ergebnisse liefern können“ (Bureau, et al., 2014: 55). Sie warnen allerdings vor den Konsequenzen von TTIP für den Rindfleischsektor: „ohne Einfuhrbeschränkung für eine wettbewerbsfähige und elastische Versorgungsquelle wie den US-Rindfleischsektor, ist es durchaus denkbar, dass die Importe auf mehrere Millionen [Tonnen] ansteigen“. Ein Rückgang der EU-Rindfleischproduktion würde sich voraussichtlich hauptsächlich in den preissensiblen Milchkuhbetrieben bemerkbar machen, mit „potentiell weitreichenden sozialen und ökologischen Konsequenzen für einige EU-Regionen“ (Bureau, et al., 2014: 49).

Dem Bericht des US-Agrarministeriums zufolge würde die Abschaffung von Zöllen und Einfuhrkontingenten zu US-Rindfleischimporten in die EU in Höhe von 1,5 Milliarden USD und einem Rückgang der europäischen Rindfleischproduktion um 1,11 Prozent führen. Bei Abschaffung der nicht-tarifären Handelshemmnisse (Verbot von mit Hormonen behandeltem Fleisch) prognostiziert das US-Agrarministerium eine Zunahme der US-Rindfleischexporte um 1,86 Milliarden USD und einen Rückgang im europäischen Rindfleischsektor um 1,52 Prozent. Eine verlässliche Interpretation dieser Zahlen ist allerdings schwierig, da eine Abschaffung sämtlicher Zölle und Zollkontingente oder auch die Genehmigung von Hormonfleisch-Importen durch die EU äußerst unwahrscheinlich sind.

### Vorhersagen für die Fleischproduktion von CEPII (USD)



### ERHÖHUNG DES EINFUHRKONTINGENTS FÜR US-RINDFLEISCH

Die EU ordnete Rindfleisch im Rahmen der TTIP-Verhandlungen der Kategorie „sensible Produkte“ zu (Interbev, 2015). Das könnte bedeuten, dass sie nur eine schrittweise Öffnung des EU-Rindfleischmarktes für die USA zulassen möchte oder über eine Fortsetzung der Zollkontingente verhandelt. Eventuell möchte sie sogar Rindfleisch ganz aus dem Abkommen ausschließen. Im CETA-Abkommen gewährt die EU Kanada ein zollfreies Einfuhrkontingent von 50.000 Tonnen Rindfleisch (mit einem Anstieg bis auf 67.5000 Tonnen). Entsprechend ist zu erwarten, dass die EU auch den USA eine höhere Importquote einräumen wird. Da die US-amerikanische Rindfleischindustrie ungleich größer ist als die kanadische, wird das Zollkontingent voraussichtlich wesentlich höher ausfallen als im CETA-Abkommen (Bureau, et al., 2014). Berichten zufolge drängen die USA auf eine fünf- bis sechsfach höhere Quote als die EU sie Kanada gewährt.

Auch ohne eine vollständige Abschaffung der Zölle ist durch TTIP mit schwerwiegenden Folgen für europäische Rindfleischherzeuger\*innen zu rechnen. Würde den USA ein umfangreiches zollfreies Einfuhrkontingent gewährt, könnte eine gesonderte Lieferkette für hormonfreies US-Rindfleisch entstehen. Hormonfreies Rindfleisch verkauft sich bereits in den USA zu relativ hohen Preisen. Laut Angaben des französischen Erzeugerverbands „Interbev“ beabsichtigen die US-Exporteur\*innen, im europäischen Markt für hochwertige Sirloin-Steaks Fuß zu fassen (Interbev, 2015). Laut Branchenexpert\*innen handelt es sich bei den meisten Importen von US-Rindfleisch um hochwertige gekühlte Stücke aus dem Hinterviertel. Sie würden dann im direkten Wettbewerb mit hochwertigem Rindfleisch aus europäischen Mutterkuhbetrieben stehen.

Das Gesamtkontingent für Rindfleischimporte aus den USA und Kanada könnte sich durch CETA und TTIP auf 200.000 Tonnen belaufen. Europäische Erzeugerverbände warnen davor, dass der EU-Markt für hochwertige Sirloin-Stücke laut Schätzungen lediglich zwischen 400.000 und 700.000 Tonnen umfasst (Interbev, 2015 und Irish Farmers Association, 2015). Einfuhren aus den USA und Kanada würden europäischen Landwirt\*innen folglich einen großen Teil dieses Marktes für qualitativ hochwertiges Fleisch streitig machen, mit verheerenden Folgen für die Rindfleischproduktion in Mutterkuhbetrieben.

*Interbev zufolge könnten die durch die Importe aus den USA und Kanada verursachten Preisrückgänge zu „Umsatzeinbrüchen für französische und europäische Viehzüchter in Höhe von 40 Prozent bis 50 Prozent“ und in Frankreich sogar zum „Aussterben des gesamten Sektors“ führen.*

(Interbev, 2015)

In einer kürzlich veröffentlichten wirtschaftlichen Modellstudie wurden die Auswirkungen einer im TTIP-Abkommen verankerten Einfuhrquote für US-Rindfleisch von entweder 50.000 Tonnen oder 75.000 Tonnen auf die irische Viehwirtschaft untersucht (Thelle, et al., 2015). Diese Annahmen stimmen mit zahlreichen anderen Prognosen zum Verhandlungsergebnis überein und stellen demnach wahrscheinlich das realistischste Szenario aller Wirtschaftsmodelle dar. Mit einem Wert von 2 Milliarden Euro und über 100.000 Betrieben ist die Viehwirtschaft in Irland der größte Landwirtschaftssektor. Jährlich werden 500.000 Tonnen irisches Rindfleisch in andere EU-Mitgliedstaaten exportiert. Dennoch lag das Durchschnittseinkommen im Jahr 2014 nur zwischen 10.000 Euro und 15.000 Euro. Ferner schätzt die irische Regierung rund 40 Prozent aller Betriebe als wirtschaftlich gefährdet ein (Irish Farmers Association, 2015). Die Studie prognostiziert eine Zunahme der irischen Rindfleischproduktion um 2,3 Prozent bei einem Zollkontingent von 50.000 Tonnen für die USA, jedoch zugleich auch einen Rückgang des Gesamtwerts der Branche um 1,7 Prozent (ca. 34 Millionen Euro) aufgrund sinkender Preise. Bei einer Einfuhrquote von 75.000 Tonnen würde die irische Rindfleischproduktion um 0,8 Prozent fallen und mit einer Wertminderung von 3,2 Prozent (ca. 64 Millionen Euro) einhergehen. Die Autor\*innen merken an, dass „die vorliegenden Ergebnisse den ... Rückgang der Produktion gegebenenfalls nicht hinreichend abzeichnen, sollte es sich bei den US-Rindfleischexporten für den europäischen Markt hauptsächlich um hochwertige Stücke handeln“ (Thelle, et al., 2015: 64).

**Trotz der EU-Subventionen ist das TTIP-Abkommen für den sensiblen Sektor der Rindfleischindustrie eindeutig eine ernste Bedrohung. Bisher sind die Auswirkungen auf die einzelnen Länder nicht hinreichend untersucht.**

**Wahrscheinlich würde die EU den USA ein umfangreicheres Einfuhrkontingent gewähren anstatt alle Zölle abzuschaffen. Doch auch dies hätte schwerwiegende Folgen für die Fleischproduktion aus Milchkuhhaltung.**

# Auswirkungen auf die Milcherzeugung



Die EU ist der weltweit größte Produzent von Milcherzeugnissen und exportiert im Jahr durchschnittlich Waren im Wert von 1,1 Milliarden in die USA. Dem stehen Milchproduktexporte der USA in die EU in Höhe von nur 87 Millionen USD gegenüber. Beide Wirtschaftsräume beschränken Einfuhren durch Zollkontingente und hohe Zölle. Der Europäische Handelsverband der Milchwirtschaft „Eucolait“ hält den Großteil der US-amerikanischen Zölle auf Milchprodukte für so hoch, dass sie „Importe nahezu unmöglich machen“, während die „EU-Zölle kontinuierliche Einfuhren verhindern“ (Eucolait, 2012). Sowohl in den USA als auch in der EU gibt es zudem Vorschriften für die Lebensmittelsicherheit, die der jeweils andere als Handelshemmnis wertet, unter anderem:

- US-Einfuhrabgaben auf Milcherzeugnisse,
- die US-Verordnung für pasteurisierte Milch und Verordnung für Konsummilch der Klasse A,
- US-Normen für die Nämlichkeit, also die Identitätssicherung von Milcherzeugnissen, die nicht den internationalen Normen entsprechen,
- das EU-Verbot für Rinderwachstumshormone in der Milch,
- EU-Auflagen für den Gehalt somatischer Zellen in Milch (< 400.000/ml), die strenger sind als die US-Normen (< 750.000/ml) (Eucolait, 2012).

Der Handel mit Milcherzeugnissen ist aufgrund des umfangreichen Produktsortiments hochkomplex. Neben Flüssigmilch umfasst er auch global gehandelte Waren wie Milchpulver, Butter, Käse, Joghurt sowie hochwertige Käseerzeugnisse, die mit geografischen Angaben geschützt sind. Zu den Marktteilnehmern zählen multinational agierende Konzerne wie Nestlé und Danone ebenso wie kleine, häufig als Einzelunternehmer\*innen tätige Milcherzeuger\*innen. Für gewöhnlich erzielen Landwirte\*innen den besten Preis mit Flüssigmilch, jedoch landen nur durchschnittlich 30 Prozent der EU-Milcherzeugung als Konsummilch auf dem Markt, während der verbleibende Teil weiterverarbeitet wird. Der Preis, den Bäuerinnen und Bauern für die Milch erhalten, ist an den Weltmarktpreis für Waren wie Butter und Käse gekoppelt, dies gilt auch für Konsummilch (EFRA Committee, 2016).

Änderungen an der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU, insbesondere die Abschaffung der Milchquoten, bringen für Milcherzeuger\*innen in der gesamten EU schon jetzt wirtschaftliche Veränderungen mit sich. Sie sehen sich konfrontiert mit Preisrückgängen sowie direkten Einkommensbeihilfen, die sich voraussichtlich auf weniger als 10 Prozent des Erzeugerpreises belaufen. Maßnahmen zur Risikoabsicherung sind dagegen kaum vorhanden (AHDB, 2013a: 13). Europäische Landwirtschaftsverbände führen an, dass das US-System, welches auf dem Versicherungsprinzip beruht, amerikanische Milcherzeuger\*innen vor den Folgen fallender Preise schützt. Dies fördere eine Überproduktion in Zeiten niedriger Preise, was wiederum Schwankungen auf den Weltmärkten verstärke (Irish Creamery Milk Suppliers Association, 2014; Confederation Paysanne).

## Prognosen zu TTIP

Die USA und die EU erheben zum Schutz der jeweils eigenen Produktion von Milcherzeugnissen relativ hohe Zölle. Modellstudien zu TTIP gehen von einer Abschaffung der Zölle und einer Senkung der nicht-tarifären Handelshemmnisse um 25 Prozent aus. Es ist fraglich, wie realistisch dieses Szenario bei Milchprodukten ist, weswegen die Vorhersagen mit Vorsicht behandelt werden müssen. Weder das CEPII-Modell noch das Modell des Europäischen Parlaments unterscheidet zwischen den unterschiedlichen Sektoren der Milchwirtschaft. Beide prognostizieren bis zum Jahr 2025 einen Anstieg der US-Exporte von Milcherzeugnissen um 5,2 bis zu 5,4 Milliarden USD. Weil jedoch unsicher ist, wie sich die Abschaffung nicht-tarifärer Handelshemmnisse auswirken wird, sind diese Ergebnisse nach Angaben der Autor\*innen nur bedingt aussagekräftig (Bureau, et al., 2014: 38). Den Modellstudien zufolge werden die EU-Exporte weit niedriger ausfallen: zwischen 2,4 und 3,7 Milliarden USD. Obwohl der Umfang des Handels in beide Richtungen stark zunehmen würde, wird die Milchwirtschaft auf beiden Seiten des Atlantiks keine große Wertsteigerung erfahren. In einigen der EU-Mitgliedstaaten wird der Wert der Branche sogar sinken, wie die folgende Tabelle zeigt.



## Prognostizierte Veränderungen in der Milchwirtschaft nach Ländern

Modellstudien	Prognostizierte Veränderung am Beitrag der Milchwirtschaft zum BIP nach Land	
<i>Europäisches Parlament (Bureau, et al., 2014)</i>	USA	+1,1%
	Österreich	-3,5%
	Benelux-Staaten	-2,7%
	Frankreich	-1,2%
	Deutschland	-1,9%
	Irland	-1,4%
<i>CEPII (Fontaigne, et al., 2013)</i>	USA	+0,4% (100 Mio. USD)
	Deutschland	-1,5% (300 Mio. USD)
	Vereinigtes Königreich	-2,2% (300 Mio. USD)
	Frankreich	+0,6% (100 Mio. USD)
	Südeuropa	+2,9% (100 Mio. USD)
	Südeuropa	-2,9% (200 Mio. USD)
	EU-Erweiterung	+0,4% (100 Mio. USD)

Das USDA-Modell ist die einzige Studie, die zwischen verschiedenen Branchen der Milchwirtschaft unterscheidet. Sie prognostiziert, dass US-Exporte in fast allen Sektoren steigen werden, während eine deutliche Zunahme der EU-Exporte nur für den Käsesektor zu erwarten wäre. Andere Branchen könnten lediglich leichte Zugewinne verzeichnen. Als Ursache gibt das US-Agrarministerium an, dass die EU bereits jetzt von den niedrigeren US-Zöllen profitiere. Der Bericht der EU hingegen legt nahe, dass die nicht-tarifären Handelshemmnisse die eigentlichen Hemmnisse für die EU-Exporte darstellen: „[I]n der Praxis wird das tatsächliche Volumen der Exporte in diesem Sektor mit großer Wahrscheinlichkeit von den Handelsvereinbarungen über geografische Angaben sowie sanitäre Maßnahmen zu aus unpasteurierter Milch hergestellten Produkten abhängen“ (Bureau, et al, 2014: 37).

## USDA-Prognosen zu Veränderungen im Handel mit Milcherzeugnissen zwischen der EU und den USA bei Abschaffung aller Handelshemmnisse

Milchsektor	Veränderungen bei US-Exporten (USD)	Veränderungen bei EU-Exporten (USD)
Molke	+34 Mio. (433%)	+0,11 Mio. (7%)
Milchpulver	+21,8 Mio. (908%)	+0,29 Mio. (4,7%)
Butter	+151 Mio. (207%)	+4,1 Mio. (12%)
Käse	+76 Mio. (997%)	+329,1 Mio. (31%)
Andere Milchprodukte	+32,5 Mio. (126%)	+4,28 Mio. (4,4%)
Rohmilch	-0,01 Mio. (-4,6%)	+0,14 Mio. (5%)

## USDA-Prognosen zu Marktpreis und Produktion in der Milchwirtschaft bei Abschaffung aller Handelshemmnisse

Milchsektor	Veränderungen bei der US-Produktion (%)	Veränderungen beim US-Marktpreis (%)	Veränderungen bei der EU-Produktion (%)	Veränderungen beim EU-Marktpreis (%)
Molke	0,05	0,2	-0,26	-0,79
Milchpulver	-0,30	0,24	0,05	-0,38
Butter	2,73	0,23	-0,82	-2,44
Käse	-1,11	0,16	0,60	-0,41
Andere Milchprodukte	0,00	0,24	0,16	0,31
Rohmilch	-0,14	0,31	0,17	-0,69

Weil der Erzeugerpreis für Milch an den Marktpreis für Milcherzeugnisse wie Butter, Käse und Milchpulver gekoppelt ist, haben europäische Landwirtschaftsverbände Bedenken über die Auswirkungen von TTIP auf die Einkommen der Landwirt\*innen (International Dairy Magazine, 2014). Auch die unterschiedlichen Modellstudien weisen insgesamt darauf hin, dass TTIP zu Preisrückgängen für Milcherzeuger\*innen führen könnte. Als Reaktion auf den CEPII-Bericht äußerte ein Verband irischer Milcherzeuger\*innen folgende Befürchtung: „[S]ofern all diese Rückgänge bei der Wertschöpfung von den Landwirten aufgefangen werden – was der Fall sein dürfte –, werden die Einkommen der Landwirte fallen, selbst wenn unter TTIP die Exporte in die USA steigen“ (Irish Creamery Milk Suppliers Association, 2014). Weitere EU-Bauernverbände warnen, dass Strukturveränderungen durch das Handelsabkommen noch verschärft werden könnten (European Milk Board, 2014; Confederation Paysanne). Bereits jetzt verschiebe sich die Milchwirtschaft hin zu effizienteren Erzeuger\*innen und Ländern und führe zu einer regionalen Konzentration der Milcherzeugung.

Die Europäische Kommission scheint großen Wert darauf zu legen, dass ein Schutz für eine Liste von eingetragenen geografischen Angaben ausgehandelt wird. Bei diesen handelt es sich voraussichtlich mehrheitlich um Regionen, in welchen Käse hergestellt wird. Während in den USA intensive Lobbyarbeit gegen geografische Angaben betrieben wird, sind die europäischen Milcherzeugerverbände weit von einer einheitlichen Position entfernt. Viele jedoch haben Bedenken zum Verhandlungsansatz der Europäischen Kommission geäußert, so auch der irische Dachverband „Co-operative Organisation Society“: „[U]nsere Befürchtung ist, ... dass die EU-Verhandler unsere Interessen hinsichtlich einer Abschaffung von Zöllen und anderen Hemmnissen für den Handel mit irischen Erzeugnissen als Gegenleistung für eine Einigung für diese mit E-Gütezeichen zur Herkunftsangabe versehenen Käsesorten opfern wird“ (ICOS, 2015).



### SCHUTZMECHANISMEN FÜR US-AMERIKANISCHE MILCHERZEUGNISSE

Zölle und Zollkontingente für Milchprodukte waren in den Verhandlungen zum transpazifischen Handelsabkommen TTP zwischen den USA und anderen pazifischen Staaten umstritten. Zeitweise galt dies sogar als entscheidendes Hemmnis auf dem Weg zu einer Einigung (Dougherty, 2015). Die USA machten weder in Bezug auf technische Hemmnisse bei Importen Zugeständnisse noch schafften sie Zölle auf Einfuhren aus ihren größten Wettbewerbern Kanada, Neuseeland und Australien ab (USDA, 2015). Stattdessen handelten die USA für jedes dieser Länder Importquoten aus. Für die Produkte, bei denen sich die Verhandler\*innen auf eine Abschaffung der Zölle einigten (beispielsweise Milchpulver aus Australien), legten

sie Schutzmaßnahmen für 35 Jahre fest. Diese räumen den USA die Möglichkeit ein, Einfuhren bei Überschreitung eines bestimmten Schwellenwerts erneut mit Zöllen zu belegen.

Aufgrund dieser defensiven Haltung der US-amerikanischen Verhandler\*innen beklagten sich australische und neuseeländische Milchverbände, dass sie angesichts des „eingefahrenen Protektionismus“ der US-Milchwirtschaft nur sehr wenig von dem TTP-Abkommen profitieren würden (Astley, 2015).

Die europäische Milchwirtschaft ist äußerst heterogen und vertritt in Bezug auf TTIP teilweise gegensätzliche Interessen. Insbesondere Milcherzeuger\*innen sehen das Abkommen als Bedrohung an und scheinen den Eindruck zu haben, dass die Interessen einiger Sektoren der Milchwirtschaft in den TTIP-Verhandlungen als Opfer preisgegeben werden.

Dem stehen eine einflussreiche US-Milchlobby und US-Regierung gegenüber, die in hohem Maße um den Schutz ihres Sektors bemüht ist.

Die EU-Kommission betont, dass TTIP den Handel mit EU-Milcherzeugnissen steigern werde. Doch das verschleiert die Tatsache, dass Landwirt\*innen selbst bei steigenden Milchexporten unter Umständen einen deutlich niedrigeren Literpreis erhalten könnten. Dies droht Strukturveränderungen zu verschärfen, die sich bereits jetzt in einer Konzentration und Intensivierung der Milchwirtschaft zeigen.

Alle Wirtschaftsmodelle prognostizieren einen Rückgang der Produktion in den Mitgliedstaaten, insbesondere in Österreich, den Benelux-Staaten und Großbritannien.

# Auswirkungen auf den Anbau von Ackerfrüchten



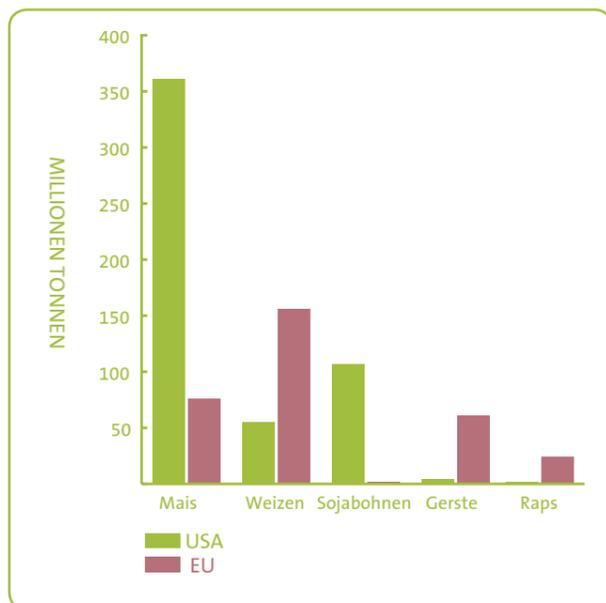
Die EU und die USA produzieren beide große Mengen Getreide und Ölsaaten. Diese Sektoren unterscheiden sich jedoch in ihren wichtigsten Ackerfrüchten (siehe untere Grafik). Direkte Vergleiche können nur schwer gezogen werden, aber man geht davon aus, dass US-Landwirt\*innen zu geringeren Kosten Mais und Weizen anbauen können (Bureau, et al., 2014).

Auch wenn die USA als großer Exporteur von Getreide, Ölsaaten und deren Nebenprodukten gelten, ist der Warenaustausch mit der EU bei diesen Produkten nur gering. Für in Europa angebautes Getreide sind die USA kein wichtiges Exportland. Obwohl 22 Prozent der EU-Weizenimporte aus den USA stammen, belaufen sie sich auf lediglich 670.000 Tonnen der europäischen Gesamtproduktion von 156 Millionen Tonnen. Ähnlich verhält es sich mit Mais, der aufgrund von Bedenken gegenüber gentechnisch

veränderten Sorten nur zu 4 Prozent aus den USA importiert wird (GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, 2015e). Wichtiger ist der Handel mit Ölsaaten: Von 2009 bis 2013 importierte die EU 24 Prozent aller Sojabohnen (2,9 Millionen Tonnen) und 4 Prozent des eingeführten Sojamehls (900.000 Tonnen) aus den USA (ebd.).

Meinungsverschiedenheiten in den Bereichen Lebensmittelsicherheit und Umweltschutz, insbesondere im Hinblick auf die Zulassung genetisch veränderter Organismen (GVO), haben die amerikanisch-europäische Handelspartnerschaft belastet. Nicht nur unterscheidet sich die gesetzgeberische Vorgehensweise; so wird beispielsweise in der EU zwischen Risikobewertung und Risikomanagement differenziert. Auch im Widerstand der Verbraucher\*innen hinsichtlich GMO bestehen große Unterschiede zwischen den Wirtschaftsräumen. Daher sind Importe von gentechnisch verändertem Getreide und Ölsaaten aus den USA auf den Einsatz in Futtermitteln, Biokraftstoffen und zu industriellen Zwecken beschränkt.

Wenngleich die Europäische Kommission verlautbaren lässt, dass das TTIP-Abkommen keinen Einfluss auf die GVO-bezogenen EU-Gesetze oder -Verfahren haben werde, liegen ausreichend Anzeichen dafür vor, dass es sich dabei für die US-Regierung um ein wichtiges „offensives Interesse“ handelt. Das US-Agrarministerium gibt an, dass das europäische Vorsorgeprinzip in Bezug auf die Zulassung von gentechnisch veränderten Sorten für die US-Maiswirtschaft Handelsverluste in Höhe von 600 Millionen USD (seit 2011) bedeutet und für die US-Sojawirtschaft von 1,1 Milliarden USD (Arita, Mitchell, & Beckman, 2015). Das Ministerium ließ verlauten, dass „lange Verzögerungen bei Prüfungen von Biotechnologieprodukten“... „in den Verhandlungen angesprochen werden müssen“ (USDA, 2015b). Der Handelsbeauftragte der US-Regierung forderte für GVO ausdrücklich einen besseren Marktzugang, da die einschlägigen EU-Vorschriften und Verfahren „wesentliche Handelshemmnisse“ darstellten (US-Handelsbeauftragter, 2014: 43).



Quelle: International Grains Council (2016), NASS (2015)

## US-WEIZENLOBBY DRÄNGT AUF ZOLLFREIHEIT

Die europäische Weizenproduktion ist gegenwärtig massiv abgeschottet. Einfuhrzölle werden in Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen erhöht oder gesenkt, um einen Puffer für Landwirt\*innen in Bezug auf Preisschwankungen zu schaffen. Die EU-Zölle auf Getreideimporte aus den USA schwanken zwischen 40 und 90 Prozent, und die US-Importe von Weizen mit niedriger Qualität sind auf 592.000 Tonnen beschränkt und ausschließlich für den Einsatz in Futtermitteln vorgesehen.

US-Weizenlobbyverbände drängen auf eine Abschaffung der EU-Zölle und der Einfuhrbeschränkungen (US Wheat Associates / National Association of Wheat Growers, 2013). Bei dem europäisch-kanadischen Handelsabkommen CETA, das als Blaupause für TTIP gilt, einigte man sich darauf, die Zölle für kanadischen Weizen abzuschaffen. Das Europäische Parlament erwartet, dass „ein Handelsabkommen in diesem Sektor möglicherweise zu umfangreichen EU-Einfuhren aus den USA“ führt (Bureau, et al., 2014: 57).

„Ein liberalerer Handel mit den USA ginge höchstwahrscheinlich zulasten der Primärerzeuger im Getreide- und Ölsaatensektor.“

UK Agriculture and Horticulture Development Board (AHDB, 2013b)

## PROGNOSEN VON STUDIEN

Alle Modelle prognostizieren, dass eine Abschaffung der Zölle durch TTIP negative Auswirkungen auf die europäische Getreideerzeugung hätte. In einigen Mitgliedstaaten könnte es zu einem Rückgang von bis zu 6 Prozent kommen (Bureau, et al., 2014). Das CEPII-Modell rechnet mit einem steigenden Wert des Getreidesektors in der US-Wirtschaft um 1,2 Milliarden USD und einem entsprechenden Rückgang auf den europäischen Märkten. Der Studie des Europäischen Parlaments zufolge steigen bei Abschaffung der Zölle die US-Getreideexporte um 250 Millionen USD. Auch eine Zunahme um 2,9 Milliarden USD wäre möglich, wenn nicht-tarifäre Handelshemmnisse um 25 Prozent gesenkt würden (in anderen Worten: eine Angleichung der Regelungen für gentechnisch veränderte Ackerfrüchte) vereinbart würde. Bei Weizen prognostiziert das USDA-Modell einen Anstieg der US-Ausfuhren um 109 Millionen USD (22 Prozent). Zugleich wären sowohl in den USA als auch in der EU Preise und Produktion rückläufig (siehe untere Tabelle).

## Prognosen für Veränderungen in der Getreideproduktion unter TTIP

Modellstudie	Prognostizierte Veränderungen bei der Wertschöpfung von Getreide			
Europäisches Parlament (Bureau, et al., 2014)  NB: Zahlen für Länder mit steigender Produktion sind nicht aufgeführt	USA	+1,3%		
	Österreich	-2,3%		
	Benelux-Staaten	-3,5%		
	Nordische Länder	-1,5%		
	Spanien	-6,4%		
	Frankreich	-2,1%		
	Deutschland	-1,6%		
	Irland	-4,2%		
	Italien	-2,4%		
	Portugal	-6,2%		
	Vereinigtes Königreich	-4,1%		
CEPII (Fontaigne, Gourdon, & Jean, 2013)	USA	+2,9% (1,3 Mrd. USD)		
	Deutschland	-2,5% (200 Mio. USD)		
	Vereinigtes Königreich	-5,1% (100 Mio. USD)		
	Frankreich	-1,9% (200 Mio. USD)		
	Südeuropa	-4,6% (700 Mio. USD)		
	Veränderungen beim US-Preis für Weizen	Veränderungen bei der US-Produktion für Weizen	Veränderungen beim EU-Preis für Weizen	Veränderungen bei der EU-Produktion für Weizen
USDA (Beckman, et al., 2015)	-0,06%	-0,98%	-0,68%	-0,26%

Im Modell des US-Agrarministeriums sind auch grobkörnige Getreidesorten wie Mais, Sorghumhirse und Hirse berücksichtigt. Den Prognosen zufolge wäre durch das TTIP-Abkommen bei einer vollständigen Abschaffung der Zölle und Beseitigung der nicht-tarifären Handelshemmnisse eine Zunahme der US-Exporte in Höhe von 336 Millionen USD (89 Prozent), ein Rückgang der EU-Produktion von 2 Prozent und ein Preisrückgang von 1,16 Prozent zu erwarten (Beckman, et al., 2015: 27). Eine „Beseitigung von nicht-tarifären Handelshemmnissen“ (d.h. das Angleichen von Regelungen bei der Zulassung für GVO, Kontrollen und Rückverfolgbarkeit) wäre ein enormes Zugeständnis von Seiten der Europäischen Kommission. Ein Rückgang der EU-Produktion um 2% wäre signifikant, insbesondere was Frankreich und Rumänien als größte europäische Maiserzeuger betrifft (Eurostat, 2015).

Die USDA-Berechnungen für Raps sind relativ komplex: Angenommen wird, dass durch eine Anpassung der Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Sorten die EU-Importe von Sojabohnen steigen würden. Dies wiederum könnte einen gesteigerten europäischen Rapsanbau zur Folge haben. Denn bei einer gesteigerten Einfuhr von US-Sojabohnen in die EU, würden sich in anderen Nicht-EU-Ländern die Märkte für EU-Rapsexporte öffnen. Sollten hingegen ausschließlich die Zölle abgeschafft werden, wären die Auswirkungen auf den Rapshandel kaum spürbar (Beckman, et al., 2015). Laut der Studie des Europäischen Parlaments würde die Abschaffung der Zölle und eine Senkung der nicht-tarifären Handelshemmnisse den

Ölsaaten-Anbau verringern, insbesondere in Österreich (-1,1 Prozent), den Benelux-Staaten (-2 Prozent), Deutschland (-1,2 Prozent), Irland (-2,4 Prozent) und dem Vereinigten Königreich (-1,8 Prozent) (Bureau, et al., 2014).

Wie sich die Zollfreiheit auf europäische Landwirt\*innen auswirkt, lässt sich nur schwer vorhersagen. Produzent\*innen von Ackerfrüchten könnten auf andere Sorten wechseln, obgleich dies ihr Einkommen negativ beeinflussen könnte, da nicht alle Getreidesorten ähnlich rentabel sind. Im Bericht des Europäischen Parlaments heißt es: Folgen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA könnten „zu Handelsströmen im Getreidemarkt führen (...), die aufgrund möglicher Wechsel der Getreidesorten bei Angebot und Nachfrage nur schwer vorhergesehen werden können“ (Bureau, et al., 2014: 56). Werden Ackerfrüchte ausgetauscht, hat dies auch ökologische Konsequenzen, da sich Fruchtfolgen auf den Artenreichtum von Pflanzen und wirbellosen Tieren, die allgemeine Biodiversität, Bodenerosion, Treibhausgasemissionen und den Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln direkt auswirken (Hawes, et al., 2009; GD Umwelt, 2010). Ökologische Auswirkungen sind jedoch viel zu komplex, als dass sie exakt berechnet werden könnten.

**Prognosen weisen darauf hin, dass Produzent\*innen von Ackerfrüchten unter den TTIP-Bestimmungen mit sinkenden Preisen zu rechnen hätten. Die europäische Produktion von Ackerfrüchten könnte im Wert fallen.**

**Während die Europäische Kommission verlauten lässt, dass TTIP sich nicht auf die Auflagen und Verfahren für gentechnisch veränderte Organismen auswirken wird, macht die US-Regierung deutlich, dass sie diese in die Verhandlungen einschließen möchte.**



# Auswirkungen auf die Geflügelfleischproduktion

Das Handelsvolumen von Geflügelfleisch ist gering: Im Jahr 2011 importierte die EU lediglich Geflügelfleisch im Wert von 860.000 USD aus den USA. Die EU-Ausfuhren in die USA waren mit 160.000 USD noch geringer. Prinzipiell produziert die EU mit 14,1 Millionen Tonnen Geflügelfleisch im Jahr 2014 genügend für ihren Eigenbedarf (103 Prozent der Nachfrage) (A.V.E.C., 2015). Ungeachtet dessen wird die EU von US-Erzeuger\*innen als wichtiger potenzieller Markt angesehen, da die EU auch große Mengen an Geflügelfleisch importiert.

Die EU gewährt lediglich kleine Zollkontingente für Geflügelimporte: 264.000 Tonnen für gesalzenes Brustfleisch, 251.000 Tonnen für gekochtes Brustfleisch und 200.000 Tonnen für nicht gegartes Fleisch. Auf Importe, die diese Quoten übersteigen, sind hohe Zölle zu entrichten (bis zu 1,4 Euro pro kg). Aufgrund der hohen Produktionskosten für EU-Landwirt\*innen können Importe aber auch trotz der Zölle noch günstiger sein als EU-Fleisch. Im Jahr 2013 wurden folglich 800.000 Tonnen Geflügelfleisch mit einem geschätzten Wert von etwa 2 Milliarden Euro importiert (Kommission, 2014). 90 Prozent stammten aus Brasilien und Thailand (van Horne & Bondt, 2014). Gegenwärtig gibt es eine Einfuhrquote zu einem reduzierten Zollsatz für 16.600 Tonnen US-Geflügelfleisch, die jedoch nicht ausgeschöpft wird.

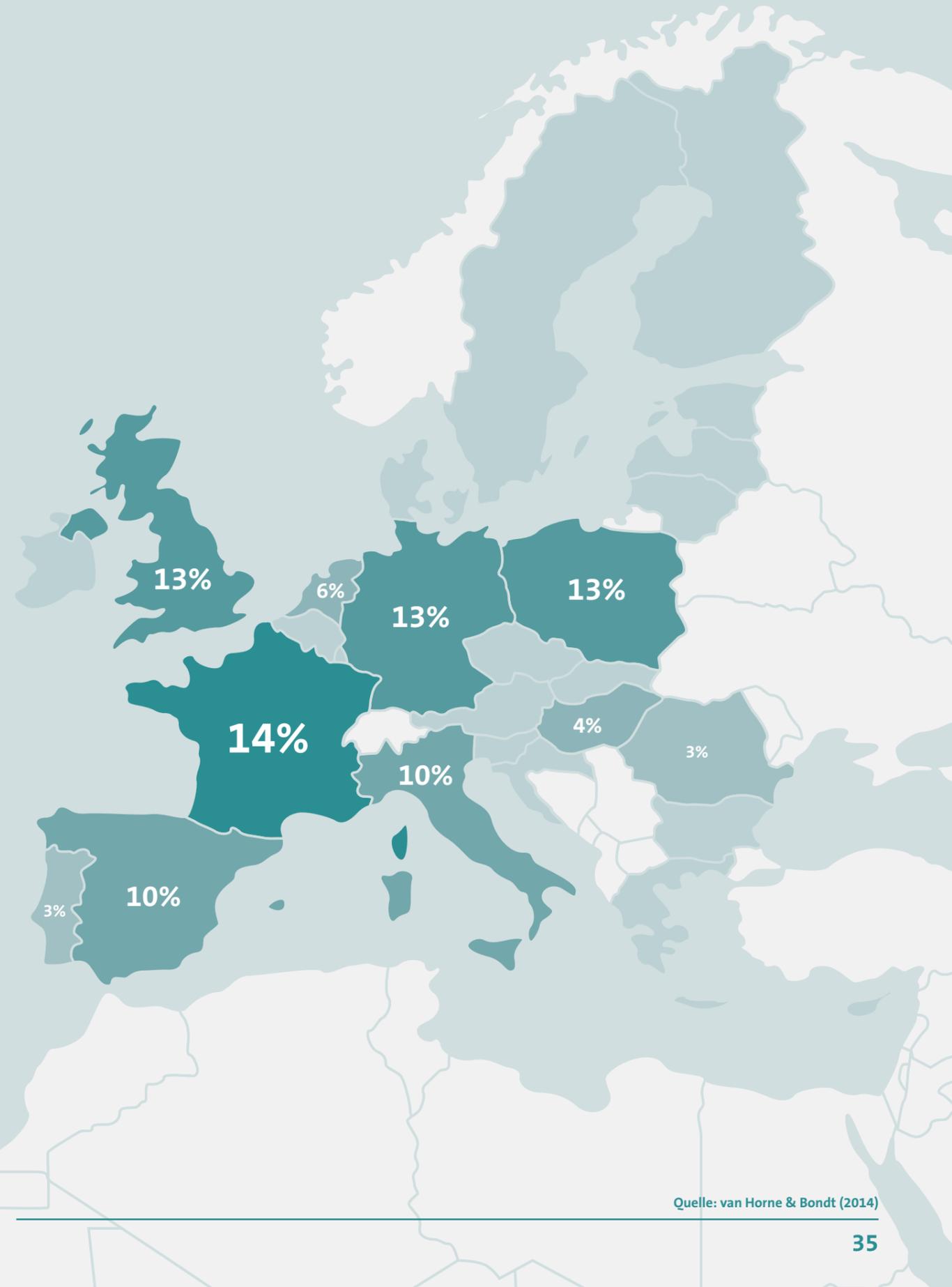
## UNTERSCHIEDE IN DER PRODUKTION

Wie viele andere Agrarsektoren ist auch die Geflügelfleischproduktion in der EU äußerst vielseitig. Sie reicht von Landwirt\*innen mit kleinen Aufzuchttherden für den lokalen Markt bis hin zu kommerziellen Betrieben mit mehreren zehntausend Tieren. Die Mitgliedstaaten mit der höchsten Dichte an großen Geflügelbetrieben (mehr als 5.000 Tiere pro Betrieb) sind Frankreich, Spanien, Polen und Italien. Ein Großteil des Geflügelfleischs, das über die europäischen Ladentische geht, stammt aus diesen Betrieben. Doch auch für viele kleine Landwirt\*innen und solche, die sowohl Ackerbau als auch Viehzucht betreiben, ist die Geflügelzucht eine wichtige Einkommensquelle. Ein Indiz hierfür sind die mehr als 2 Millionen kleinen Geflügelhöfe in der EU, insbesondere außerhalb der EU-15-Gruppe. In Rumänien werden beispielsweise über 1,5 Millionen Geflügelfarmen betrieben, von denen nur 300 als kommerziell gelten. Ähnliches gilt für Griechenland und Portugal, wo weniger als 1 Prozent der Geflügelhöfe als Gewerbebetriebe klassifiziert sind (van Horne & Bondt, 2014).

In den USA ist die Geflügelproduktion stark konzentriert: 19 Prozent aller Betriebe produzieren 68 Prozent der verkauften Tiere (USDA, 2012b). Der Großteil der US-Geflügelzüchter produziert für die großen Fleischbetriebe, die den gesamten Produktionsprozess, einschließlich Futtermittel und Transport, bestimmen. Daher werden in den USA Bedenken über die Kontrolle und Macht derartiger Unternehmen über die Geflügelwirtschaft laut (Macdonald, 2014). Berechnungen zufolge sind 5 Prozent der höheren Produktionskosten in der EU auf die strengeren EU-Bestimmungen zum Tier- und Umweltschutz sowie die Hygienestandards zurückzuführen. Die Kosten für US-Landwirt\*innen belaufen sich auf nur 78 Prozent der Kosten, die für EU-Bäuerinnen und Bauern anfallen, hauptsächlich aufgrund günstigerer Futtermittelpreise (van Horne & Bondt, 2014).



## Die Haupterzeugerländer von Geflügelfleisch in der EU: Prozent der Gesamtproduktion von Geflügelfleisch in der EU



Quelle: van Horne & Bondt (2014)

## TIERSCHUTZ IN DER GEFLÜGELHALTUNG

Die Überwachung des Tierschutzes unterscheidet sich in der EU und den USA wesentlich. Die EU-Gesetzgebung legt Mindestauflagen für den Tierschutz bei Geflügel in Stallhaltung fest. Es gelten Standards zu den maximalen Besatzdichten, Beleuchtung, Einstreu, Lüftung und Fütterung (Richtlinie 2007/43/CE). Seit 2012 ist die Haltung von Legehennen ausschließlich in Käfigsystemen von mindestens 0,75 Quadratmetern oder Systemen ohne Käfighaltung erlaubt (Richtlinie 1999/74/EC). In den USA gelten lediglich vertraglich geregelte oder freiwillige Standards für das Wohlbefinden von Hennen (National Chicken Council, 2012). Da die Einhaltung nur privat geprüft wird, kann nicht festgestellt werden, welcher Anteil der US-Geflügelbetriebe diesen Standards verpflichtet hat.

Der Verband britischer Landwirt\*innen (National Farmers Union) erklärte, dass „[er] das US-amerikanische System zur Geflügelproduktion nicht als gleichwertig zu seinem britischen Gegenstück erachte[t], und [...] der Meinung [ist], dass die Diskrepanz zwischen den Produktionsmethoden in den USA und der EU zu groß ist, als dass ein Kompromiss geschlossen werden könnte“ (Meat Trades Journal, 2015).

In Bezug auf die Lebensmittelsicherheit werden unterschiedliche Ansätze verfolgt. In der EU ist das Waschen von rohem Geflügelfleisch ausschließlich mit Wasser zulässig. In Schlachthöfen und während sämtlichen Einzelschritten der Verarbeitung sind strenge Hygienemaßnahmen zu befolgen. Im Gegensatz dazu gelten in den USA laxere hygienische Standards, was Kosten spart. Um Bakterien und Krankheitserreger abzutöten, werden Chlor- und Milchsäurelösungen eingesetzt. Auf diese Art und Weise behandeltes Geflügelfleisch darf nicht in die EU exportiert werden.

Der Wirtschaftsverband „US National Chicken Council“ hat das EU-Verbot als „unbegründet“ und „nicht wissenschaftlich fundiert“ bezeichnet (National Chicken Council, 2013). Das europäische Geflügelverarbeitungs- und Handelsgremium AVEC jedoch hält dagegen, dass „die EU-Kommission das auf den Prinzipien „Vorbeugen ist besser als Heilen“ und „vom Erzeuger zum Verbraucher“ gründende europäische System verteidigen und fördern sollte. Dieses System unterscheidet sich grundlegend von einem System, das die Qualität erst im letzten Verarbeitungsschritt in den Mittelpunkt rückt“ (A.V.E.C., 2015).

EU-Geflügelzüchter\*innen könnten von den Auswirkungen eines TTIP-Kompromisses bei unterschiedlichen Standards zur Lebensmittelsicherheit am stärksten betroffen sein. Schon jetzt gibt es die Befürchtung, dass die EU dem Druck der USA hinsichtlich der Fleisch-Desinfektion zur Abtötung von Krankheitserregern nachgeben wird. Kürzlich wurde das Behandeln mit Milchsäurelösungen für Rindfleisch genehmigt, offenbar als Zeichen des guten Willens im Vorfeld der Verhandlungen (Josling & Tangerman, 2014).

## PROGNOSEN VON STUDIEN

Drei der vier Wirtschaftsstudien unterschieden in ihrer Analyse nicht nach Geflügelfleisch und Eiern. Der Bericht des US-Agrarministeriums prognostiziert dennoch, dass das TTIP-Abkommen nur geringfügige Auswirkungen auf den amerikanisch-europäischen Handel haben wird. Trotz Berücksichtigung der Verbraucherpräferenzen belaufen sich die voraussichtlichen zusätzlichen Einfuhren von Geflügelfleisch aus den USA auf lediglich 460.000 USD, selbst bei Wegfall der nicht-tarifären Handelshemmnisse (Beckman, et al., 2015). Dies steht in scharfem Kontrast zu den Erwartungen des US National Chicken Council, demzufolge „die US-Geflügelbetriebe bei einem erfolgreichen Abschluss der TTIP-Verhandlungen einem jährlichen Absatz von Erzeugnissen in der EU im Wert von 500 Millionen USD entgegen sehen“ (National Chicken Council, 2013).

Forscher\*innen der Universität Wageningen untersuchten die Wettbewerbsfähigkeit von US-Geflügelfleisch auf dem europäischen Markt genauer (van Horne & Bondt, 2014). Ihre Analyse liefert einige Hinweise darauf, dass die Auswirkungen von TTIP nicht so umfangreich ausfallen werden, wie es sich die Landwirte erhoffen. Demnach würde eine 50-prozentige Reduzierung der Zölle den Zugang von US-Geflügelprodukten zum EU-Markt ermöglichen und dies unter den Produktionskosten europäischer Landwirt\*innen. Geflügelfleisch aus den USA wäre dennoch teurer als Erzeugnisse aus Brasilien, die gegenwärtig wichtigste Bezugsquelle für die EU. Die Forscher\*innen weisen darauf hin, dass brasilianische Erzeuger\*innen ihre Preise senken könnten, um ihren Marktanteil zu sichern. Anders ausgedrückt: US-Einfuhren würden nicht notwendigerweise anderen Importen in die EU vorgezogen. Dies mag einer der Gründe für den vom US-Agrarministerium prognostizierten geringen Anstieg des Handelsvolumens sein.

**Während EU-Erzeuger\*innen strenge gesetzliche Bestimmungen zum Tierschutz befolgen müssen, gilt für Landwirt\*innen in den USA lediglich ein freiwilliger Verhaltenskodex. Sicherheits- und Hygienestandards unterscheiden sich ebenfalls beträchtlich, wobei der EU-Ansatz nach dem Motto „vom Erzeuger zum Verbraucher“ strengere Regeln vorgibt und kostenintensiver ist.**

**Der Handel mit Geflügelfleisch zwischen der EU und den USA ist gegenwärtig noch sehr gering. Die EU-Geflügelwirtschaft beobachtet eine eventuelle EU-Zulassung für das Desinfizieren von Fleisch zur Abtötung von Krankheitserregern mit Sorge. Dies würde die Einfuhr von US-Geflügel ermöglichen.**

**Die Europäische Kommission scheint im Begriff zu sein, den Weg für die Zulassung derartiger chemischer Behandlungsmethoden für Geflügelprodukte zu ebnen.**

**Sollte für dieses Thema eine Einigung gefunden und den USA eine größere Einfuhrquote gewährt werden, stünden US-Einfuhren dennoch weiterhin in starkem Wettbewerb mit Erzeugnissen aus Brasilien und Thailand.**

**Keines der Modelle untersucht die Auswirkungen von TTIP auf die Eierproduktion.**

# Auswirkungen auf die Schweinefleischproduktion



Die europäische Schweinefleischproduktion konzentriert sich mit Ausnahme von Polen in den EU-15-Staaten. Sie umfasst etwa 21,4 Millionen Tonnen und ist damit etwa doppelt so groß wie die US-amerikanische mit 10,5 Millionen Tonnen (GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, 2014a). Zugleich ist die EU-Produktion stärker industrialisiert und konzentriert sich auf wenige Großbetriebe: 1,5 Prozent der Betriebe produzieren 75 Prozent der Schweine. Die Kosten pro Schwein sind jedoch etwa 29 Prozent höher als in den USA (USITC, 2014). Der US-amerikanische Schweinesektor ist ebenfalls sehr konzentriert. Die meisten Schweinezuchtbetriebe sind auf unterschiedliche Phasen des Lebenszyklus der Tiere spezialisiert: Aufzucht bis Absetzen, Absatzferkel bis Schlachtferkel, Schlachtferkel bis Mastschwein. 91 Prozent der Schweine durchlaufen spezialisierte Mastbetriebe mit einer Kapazität von 5.000 Tieren (McBride & Key, 2014).

## TIERSCHUTZ IN DER SCHWEINEHALTUNG

In der EU gelten eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen zum Tierschutz in der Schweinehaltung. Einige Mitgliedstaaten verfügen darüber hinaus über eigene, strengere Standards. Einengende Einzelstände, das routinemäßige Schwanzkupieren und die Anbindehaltung sind verboten. Trächtige Sauen sind in Gruppen zu halten und es gibt Mindestauflagen in Bezug auf Unterbringung und Tierschutzschulungen für das Personal (Richtlinie 2008/120/EC). Ferner definiert die EU Mindestanforderungen an Transport und Schlachtung von Tieren, die beide strenger ausfallen als die entsprechenden US-amerikanischen Regelungen (World Animal Protection/Humane Society International, 2014).

Die nationale US-Gesetzgebung sieht keine Maßnahmen zum Schutz von Nutztieren vor. Einzelne Bundesstaaten verfügen über unterschiedliche Standards für Transport und Schlachtung (World Animal Protection/Humane Society International, 2014). Auch wenn in neun Bundesstaaten Gesetze zum Verbot von Schweinebuchten verabschiedet wurden, ist der Großteil der Tierschutzbestimmungen in den USA lediglich vertraglich geregelt, beispielsweise durch Auflagen von Seiten der Lebensmitteleinzelhändler\*innen, oder sie basieren auf der Einhaltung freiwilliger Richtlinien. Der US-amerikanische Nationalrat für die Schweineproduktion (US National Pork Production Council) hat die USA dazu aufgefordert, alle „nicht wissenschaftlich fundierten Vorschläge der EU, die im Falle ihrer Einführung wesentliche Handelshemmnisse darstellen würden (z. B. Tierschutzbestimmungen)“, aus den TTIP-Verhandlungen auszuschließen (National Pork Producers Council, 2013).



Der europäische Markt für Schweinefleisch ist nach dem chinesischen der weltweit größte und stark abgeschottet. Die Einfuhrquote für Schweinefleischprodukte in die EU liegt zusammengenommen für alle WTO-Nationen bei weniger als 80.000 Tonnen (EC-Verordnungen 806/2007 und 1382/2007). Dessen ungeachtet willigte die EU in den Verhandlungen zum CETA-Abkommen kürzlich in eine zollfreie Einfuhrquote von 75.000 Tonnen für kanadisches Schweinefleisch ein (GD Handel, 2016). Deren Wert wird von kanadischen Erzeuger\*innen auf 400 Millionen USD geschätzt. Angesichts dieses Zugeständnisses gegenüber Kanada, dessen Schweinesektor kleiner als der US-amerikanische ausfällt, scheint es gut möglich, dass die EU den USA in den TTIP-Verhandlungen ein größeres zollfreies Einfuhrkontingent anbieten wird.

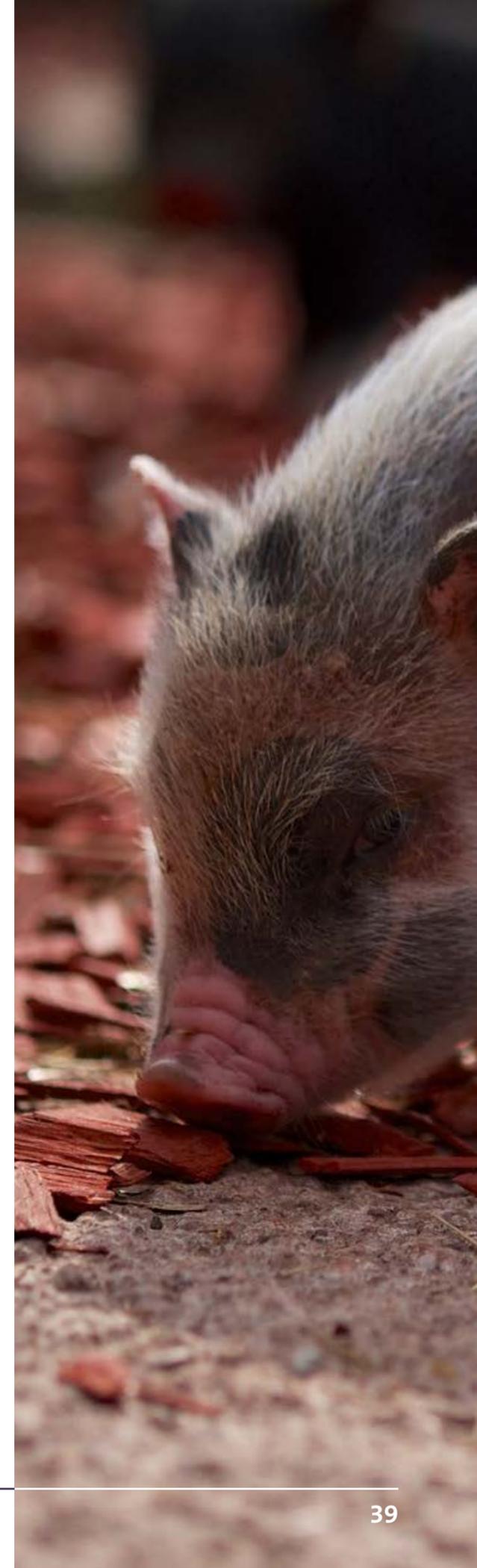
## DAS WACHSTUMSHORMON RACTOPAMIN

Ractopamin ist ein von mehreren beta-agonistischen hormonellen Wachstumsförderern. Ihr Einsatz ist in der US-Fleischerzeugung weit verbreitet, in der EU hingegen untersagt. Das Hormon Ractopamin wurde mit gesteigertem Aggressionspotenzial sowie erhöhtem Blutdruck und verstärkter Lahmheit bei Schweinen in Verbindung gebracht. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit führte im Jahr 2009 eine Evaluierung von Ractopamin durch, insbesondere im Hinblick auf dessen potenzielle Wirkungen auf das Herz-Kreislaufsystem beim Menschen. Sie stellte dabei fest, dass kein Rückstandswert niedrig genug ist, um selbst die am stärksten gefährdeten Personengruppen zu schützen (EFSA, 2009). Aufgrund des Risikos für die Gesundheit der Verbraucher\*innen hat die EU den Verkauf von Schweinefleisch mit Rückständen von Ractopamin untersagt. Auch in China und Russland wurden derartige Verbote eingeführt.

Im Jahr 2012 führte der internationale Codex Alimentarius<sup>13</sup> einen kontrovers diskutierten maximalen Rückstandswert für Ractopamin ein. Jedoch hielt das Europäische Parlament am EU-Verbot fest. Eine Änderung der Haltung der Europäischen Union zum Hormon erscheint unwahrscheinlich. Der EU-Markt würde durch das TTIP-Abkommen voraussichtlich nicht für mit Ractopamin behandeltes Schweinefleisch geöffnet werden, obwohl die US-Agrarlobby eine Zulassung für gekennzeichnete Erzeugnisse fordert (Byrne, 2015).

Der Wirtschaftsverband „US National Pork Producers Council“ betrieb umfassende Lobbyarbeit für die vollständige Beseitigung der Einfuhrzölle, obschon diese in der Praxis nicht das Haupthemmnis für US-Exporte in die EU darstellen (National Pork Producers Council, 2013). Die meisten Schweinefleischerzeugnisse dürfen in der EU nicht angeboten werden, da die Europäische Union den Verkauf von Fleisch verbietet, das Rückstände von Ractopamin aufweist. Schätzungen zufolge wird das Hormon an 60 bis 80 Prozent der Schweine im US-Sektor verabreicht (Strom, 2015). Die Schweinefleischimporte aus den USA beliefen sich daher im Jahr 2012 auf nur 4.899 Tonnen (National Pork Producers Council, 2013).

Schweinefleisch exporte aus den USA, die für den EU-Markt bestimmt sind, müssen das Programm „Pork for the European Union“ („Schweinefleisch für die Europäische Union“) durchlaufen. Dabei überprüft ein kanadisches Labor anhand von Rückstandskontrollen, ob Ractopamin eingesetzt wurde. Das US-Agrarministerium hat indessen kürzlich ein Zertifizierungsprogramm unter dem Namen „Never Fed Beta-Agonists“ („Fütterung ohne Gabe von Beta-Agonisten“) eingeführt. Es gibt Bestrebungen, Infrastruktur und Produktion zu verbessern, um ractopaminfreies Schweinefleisch für den chinesischen Markt zu produzieren (National Pork Board, 2015). Eine Einfuhrquote für die USA durch TTIP und eine „Harmonisierung von Verfahren“ für Kontrolleinrichtungen auf amerikanischem Boden könnten zur Entstehung einer gesonderten US-Produktion von ractopaminfreiem Schweinefleisch für den europäischen Markt beitragen. Ob ein derartiger Kompromiss in den USA akzeptiert würde, ist eine andere Frage. Das „US National Pork Producers Council“ erklärte, dass „die US-Schweinefleischerzeuger kein anderes Ergebnis akzeptieren werden als die vollständige Beseitigung des EU-Verbots für den Einsatz von Ractopamin“ (National Pork Producers Council, 2013: 4).



## PROGNOSEN VON MODELLSTUDIEN

Zwei der vier Modelle unterscheiden nicht zwischen Schweinefleisch und anderen Fleischsorten. Die im Auftrag des Europäischen Parlaments durchgeführte Studie beinhaltet eine Kategorie für „weißes Fleisch“. Sie prognostiziert hierfür einen Rückgang der Produktion, insbesondere in den baltischen Staaten und Frankreich. Der Studie liegt allerdings die Annahme einer vollständigen Abschaffung der Zölle zugrunde. Der Schweinefleischsektor gehört jedoch zu den am stärksten geschützten in Europa. Auch würde die vollständige Beseitigung der Zölle eine Abkehr vom Ansatz früherer Handelsabkommen bedeuten, bei welchen man sich wie erst kürzlich in dem CETA-Abkommen zwischen Kanada und der EU auf Einfuhrquoten verständigt hatte.

### Rückgang der EU-Produktion von „weißem Fleisch“ (Prognose des EU-Parlaments: Bureau, et al., 2014)

EU-Mitgliedstaat oder Staatengruppe	Prognostizierter Rückgang der Produktion von „weißem Fleisch“ bei vollständiger Beseitigung aller Zölle und einer 25-prozentigen Senkung nicht-tarifärer Handelshemmnisse
Baltische Staaten	-9,6%
Frankreich	-4,5%
Irland	-2,7%
Nordische Länder	-2,1%
Deutschland	-2,0%
Vereinigtes Königreich	-2,0%
Benelux-Staaten	-1,4%
Österreich	-1,2%
Italien	-1,0%



Dessen ungeachtet merken die Autor\*innen an, dass „der zollfreie Zugang für die USA zum EU-Markt [für weißes Fleisch] für EU-Erzeuger zu einem erheblichen Volumen zusätzlicher Einfuhren und neuen wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen könnte“ (Bureau, et al., 2014: 57).

Auch das US-Agrarministerium geht von einer Abschaffung aller Zölle und Einfuhrkontingente sowie der Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse aus. Seiner Prognose zufolge werden die US-Exporte von Schweinefleisch um 1,2 Milliarden USD bzw. fast 2.000 Prozent ansteigen. Der Preis auf dem EU-Markt würde

demzufolge um 0,56 Prozent, die Produktion um 1,93 Prozent fallen. Diese Ergebnisse sind jedoch nur bedingt aussagekräftig, da eine EU-seitige Abschaffung aller Zölle auf Schweinefleischimporte sehr unwahrscheinlich ist und Ractopamin das wichtigste nicht-tarifäre Handelshemmnis bei Schweinefleisch darstellt. Die Zustimmung des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten für die Einfuhr von mit Ractopamin behandeltem Schweinefleisch ist nur schwer vorstellbar – eine Vereinbarung über die Angleichung der Standards, die US-Erzeuger\*innen den Aufbau der Produktion ractopaminfreien Fleisches erleichtern würde, gilt daher als das wahrscheinlichere Szenario.

Die Wirtschaftsmodelle für die Schweinefleischproduktion sind entweder nicht hinreichend detailliert oder beruhen auf unwahrscheinlichen Szenarien. Es ist folglich nicht möglich, eindeutige Schlüsse hinsichtlich der Auswirkungen des TTIP-Abkommens auf den Schweinefleisch-Sektor zu ziehen.

Obwohl Ractopamin auch weiterhin ein hochkontroverses Thema bleiben wird, gibt es Chancen für die Entwicklung einer ractopaminfreien Produktion von Schweinefleisch in den USA.

Die EU hat bislang noch immer am umfassenden Schutz gegen US-Schweinefleischimporte festgehalten. Dadurch erscheint ein Angebot von Seiten der Europäischen Union für eine Einfuhrquote bei Schweinefleisch wahrscheinlicher als eine Abschaffung der Zölle.

Zu den Auswirkungen eines umfangreichen Zollkontingents für ractopaminfreies Schweinefleisch auf europäische Erzeuger\*innen gibt es nur unzureichende Modelle.

# Belege aus bisher bekannten TTIP-Papieren



Die sogenannten konsolidierten TTIP-Kapitel<sup>14</sup>, die am 2. Mai 2016 an die Öffentlichkeit gelangten, zeigen zum ersten Mal, was die USA in den TTIP-Verhandlungen durchsetzen möchten. Im Landwirtschaftssektor haben die USA starke Interessen: Sie drohen der EU, ihr nur dann bei den für deren Industrie wichtigen Übereinkünfte für Kraftfahrzeuge entgegenzukommen, wenn die EU mehr Zugeständnisse im Agrarbereich macht (GD Handel 2016 a: 4). Neben Zöllen auf Agrarprodukte geht es vor allem um die Vereinheitlichung oder gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Standards. Anders als die EU-Kommission behauptet, ist nicht zu erkennen, dass sie höhere Schutzstandards in den Verhandlungen verteidigt. Im Gegenteil, auch sie drängt auf einen umfassenden Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse. Dies birgt auf beiden Seiten des Atlantiks Gefahren für die bäuerliche Landwirtschaft, die Verbraucher\*innen und die Umwelt.

## ABBAU VON ZÖLLEN

Laut einem öffentlich gewordenen Bericht der EU-Kommission bietet die EU den USA an, 86,4% aller Zollbestimmungen im Agrarbereich zu eliminieren; die USA bieten 85% (GD Handel 2015: 7). Details darüber, welche Produkte von Zollsenkungen ausgenommen werden sollen, sind nicht bekannt. Die EU-Kommission schreibt lediglich, dass die USA bei verarbeiteten Produkten, Milcherzeugnissen und Wein Ausnahmen wünscht; die EU dagegen bei Fleisch und Reis (ebd.: 6).

Diese Zollangebote stammen vom November letzten Jahres. Ein EU-Bericht zum taktischen Stand der Verhandlungen belegt, dass Agrarzölle weiter verhandelt werden (GD Handel 2016 a: 4). Es ist somit wahrscheinlich, dass beide Seiten im Laufe der Verhandlungen weitere Zugeständnisse machen werden. Doch bereits ein Zollabbau in der genannten Größenordnung würde den Wettbewerbsdruck in der Landwirtschaft enorm erhöhen. Denn während bei Industrieprodukten die Zölle zwischen der EU und den USA bereits gering sind, rangieren sie bei Agrarprodukten teilweise im zweistelligen Bereich (siehe Seite 9 in diesem Bericht).

## BESEITIGUNG VON NICHT-TARIFÄREN HANDELSHEMNNISSEN DURCH ENGE ABSPRACHEN BEI NEUEN REGULIERUNGSMASSNAHMEN...

Im Fokus der TTIP-Verhandlungen stehen die nicht-tarifären Handelshemmnisse. In ihren Textvorschlägen für den TTIP-Vertrag stufen die USA jede regulierende Maßnahme per se als Handelshemmnis ein, auch wenn sie der Gesundheit oder der Umwelt dient. Behörden sollen neue Regulierungen stets öffentlich mit Beweisen und Informationen rechtfertigen und zudem darlegen, ob es keine „weniger handelshemmende“ Alternativen gebe (GD Handel 2016 b: Art. X.5.5; GD Handel 2016 c: Art. X.14.2). Privatpersonen aus dem In- und Ausland sollen noch während ein Regulierungsvorschlag erarbeitet wird, Kommentare einreichen dürfen, die die Behörden zu berücksichtigen haben (ebd.: Art. X.7 und Art. X.8). US-Konzerne hätten damit nicht nur das Recht, neue EU-Gesetze mitzugestalten, sondern könnten auch darauf bestehen, dass ihre Interessen einbezogen werden.

Auch die EU-Kommission möchte den transatlantischen Handel erleichtern, indem neue Regulierungen eng mit dem Handelspartner abgestimmt werden. Ebenso wie die USA schreibt sie in ihrem Vorschlag für ein TTIP-Kapitel zur „guten Regulierungspraxis“, dass der Handelspartner sowie in- und ausländische Privatpersonen in die Gestaltung von neuen Regulierungsmaßnahmen einbezogen werden sollen (GD Handel 2016 d: Art. 6).

Sowohl die EU-Kommission als auch die USA möchten ein neues Gremium einrichten, in welchem Handelsvertreter\*innen Standards zur Lebensmittelsicherheit und des Tierschutzes absprechen können (GD Handel 2016b: Artikel X15). Nach Wunsch der EU-Kommission sollen die Gremienvertreter\*innen frühzeitig über geplante Maßnahmen und Gesetze zur Lebensmittelsicherheit und Tierschutz sprechen (ebd.: Artikel 3). Die USA betonen, dass das Gremium Handelsstreitigkeiten im Hinblick auf unterschiedliche Standards bei der Lebensmittelsicherheit klären soll (ebd.: Artikel 2c). In die Diskussionen sollen der EU-Position zufolge auch private Akteur\*innen einbezogen werden (ebd.: Artikel 4).

Es ist abzusehen, dass vor allem ressourcenreiche und lobbystarke Unternehmen ihre Interessen in ein solches Gremium einbringen werden. Zwar steht die Geschäftsordnung des Gremiums noch nicht fest, doch ist es gut möglich, dass die Sitzungen ohne jede Transparenz hinter verschlossenen Türen stattfinden werden. Das Gremium würde damit Hinterzimmer-Deals fördern: Geplante Standards für eine höhere Lebensmittelsicherheit und mehr Tierschutz könnten in Absprache mit Handelspartnern und Konzernen entschärft oder gar verhindert werden, noch bevor sie ein Parlament zu Gesicht bekommt.

## ... UND VEREINHEITLICHE STANDARDS

Um den transatlantischen Handel zu erleichtern, möchte die EU-Kommission beim Tierschutz die Standards zwischen der EU und den USA vereinheitlichen (GD Handel 2016b: Art. 19). Diese divergieren in den USA und in der EU stark: So gibt es in den USA keine bundesweite Gesetzgebung zum Tierschutz außer zur Schlachtung (siehe auch S. 36 und 38 in diesem Bericht). In der EU existiert – trotz vieler Mängel und Lücken – eine ganze Reihe von Bestimmungen, die die Behandlung von Tieren in der Landwirtschaft regeln. Beispielsweise gibt es Verordnungen zum Transport lebendiger Tiere oder zur Tierhaltung. Es ist unwahrscheinlich, dass die US-Behörden sich in den TTIP-Verhandlungen darauf einlassen werden, die in der EU geltenden Regeln einzuführen. Auch ist fraglich, ob die EU-Kommission mit ihrem Vorschlag hohe Tierschutzstandards verfolgt. Sie schreibt, dass beide Seiten „wissenschaftsbasierte“ Standards entwickeln sollen (ebd.: Art. X.19.3.). Der Terminus „wissenschaftsbasiert“ bedeutet hier, dass vorsorgliche Maßnahmen zum Tierschutz, die nicht von einer Behörde mit wissenschaftlichen Belegen „gerechtfertigt“ werden konnten, nur noch schwer durchsetzbar sein werden.

## BESONDERER FOKUS DER USA: DAS EU-VORSORGEPRINZIP...

Viele Stellen in den öffentlich gewordenen TTIP-Dokumenten machen deutlich, dass die USA mit dem Abkommen das in der EU geltende Vorsorgeprinzip aushebeln möchten. Nach diesem Prinzip können Behörden einen Stoff vorläufig verbieten, wenn lediglich ein Verdacht aber noch kein endgültiger Beweis für ein Risiko für Gesundheit oder Umwelt vorliegt. In den USA gilt dagegen ein Ansatz, der als „wissenschaftsbasiert“ bezeichnet wird. Danach muss eine Behörde erst einen eindeutigen wissenschaftlichen Beweis für ein Risiko erbringen, bevor sie einen Stoff reglementieren darf. Bis dahin kann er bereits lange Zeit auf dem Markt gewesen sein.

Nach Wunsch der USA soll das TTIP-Kapitel, das Standards zu Lebensmittelsicherheit und Tierschutz regelt, einen Absatz zu „Wissenschaft und Risiko“ beinhalten. Darin heißt es, dass Entscheidungen darüber, ob ein Stoff oder ein Produktionsverfahren ein Risiko für die Gesundheit darstellt, mit „wissenschaftlichen Belegen“ begründet werden sollen (ebd.: Art. X.5.5). Dies kann als Angriff auf das Vorsorgeprinzip verstanden werden. Anders als in den USA ist in der EU die Risikobewertung vom Risikomanagement getrennt: Die wissenschaftliche Bewertung wird von einer Behörde durchgeführt; die letztendliche Verordnung, ob ein Stoff oder ein Verfahren zugelassen wird, erfolgt danach durch eine politische Entscheidung. Dabei können die politischen Entscheidungsträger\*innen auch andere Faktoren einbeziehen. Nach dem Wunsch der USA soll diese politische Entscheidung im Risikomanagement de facto abgeschafft werden. Zulassungen sollen sich allein nach „wissenschaftlicher Bewertung“ richten. Vorsorgende Maßnahmen wären dann bei Bewertungen über eine Zulassung von Stoffen nicht mehr möglich. Dies ist problematisch, weil das Risiko eines Stoffes wissenschaftlich häufig nur schwer belegbar ist.

Auch möchten die USA, dass private Akteur\*innen aus dem In- und Ausland sowohl in den Prozess der Risikobewertung wie auch in den des Risikomanagements involviert werden (ebd.: X.5.3. und X.7.3.). Die Einbeziehung privater Akteur\*innen ist in den USA bereits jetzt gängige Praxis und führt dazu, dass die Bewertung und Reglementierung von potentiell gefährlichen Stoffen oder Verfahren besonders wirtschaftsfreundlich erfolgt. Denn es sind vor allem die Konzerne, die über genügend Ressourcen verfügen, sich in derartige Prozesse einzubringen und erfolgreich durchzusetzen.

Anders als die EU-Kommission behauptet, verteidigt sie in den TTIP-Verhandlungen das Vorsorgeprinzip nicht. An keiner Stelle der TTIP-Dokumente werden das Prinzip oder vorsorgende Maßnahmen erwähnt.<sup>15</sup> Die Bundesregierung behauptet, dass das Vorsorgeprinzip sowohl bei TTIP als auch im CETA-Abkommen ausreichend geschützt sei, da beide Abkommen einen Verweis auf das Welthandelsrecht beinhalten.<sup>16</sup> Zwar gestattet die Welthandelsorganisation (WTO) einer Regierung vorsorgende Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen. Doch verfolgt sie das Vorsorgeprinzip nicht mit derselben Intensität wie andere Vorschriften. So konnte sich die EU 1999 in einem Handelsstreit mit den USA und Kanada um das EU-Verbot von Hormonfleisch nicht durchsetzen. Die EU begründete ihr Verbot mit Verweis auf das Vorsorgeprinzip, doch das Schiedsgericht der WTO gab dieser Begründung nicht statt.

Hinzu kommt: Die USA möchten genau diesen Passus zum Vorsorgeprinzip im WTO-Recht durch TTIP einschränken. In einem TTIP-Textvorschlag schreiben sie, dass eine Regierung, die sich auf den entsprechenden WTO-Absatz bezieht, dem Handelspartner gegenüber darlegen muss, warum sie keine „weniger handelshemmende Alternativen“ anwenden könne (ebd.: Art. X.5.7.).

## ... UND NEUARTIGE GENTECH-VERFAHREN

Die unterschiedlichen Zulassungsverfahren in der EU und den USA führen zu divergierenden Regulierungen bei neuartigen Gentech-Verfahren. Darunter fallen etwa geklonte, gentechnisch veränderte oder synthetisch hergestellte Organismen. In den USA ist das Klonen von Nutztieren im Gegensatz zur EU erlaubt. Das EU-Zulassungssystem für gentechnisch veränderte Organismen ist – mit all seinen Mängeln und Lücken – weitaus strenger als in den USA. So findet in den USA kaum eine Risikobewertung statt; auch eine Kennzeichnung existiert nicht.

Auch hier liegt ein besonderer Fokus der USA: In einem Kapitel zu „moderner Landwirtschaftstechnologie“ wollen die USA Regierungen verpflichten, Autorisierungsverfahren für derartige Produkte schnellstmöglich durchzuführen. Eine neue Arbeitsgruppe soll über negative Effekte von neuartigen Gentech-Verfahren für den Handel diskutieren (GD Handel 2016b: Artikel X12.8.). Da den Ko-Vorsitz der Arbeitsgruppe Handelsvertreter\*innen beider Seiten innehaben sollen, ist davon auszugehen, dass sie mehr Gewicht auf die Förderung des Handels als auf den Umwelt- und Verbraucherschutz legen wird.

Auch möchten die USA die in der EU vergleichsweise strenge Regelung zu Verunreinigung mit gentechnisch veränderten Organismen („low level presence“) entschärfen (ebd.: Artikel X12.7). Laut EU-Gesetzgebung gilt Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen bei Lebensmitteln und Saatgut. Ohne Zulassung dürfen sie nicht auf den europäischen Markt gelangen.<sup>17</sup> Bereits in CETA hat die EU-Kommission weitgehende Zugeständnisse gemacht, die es künftig ermöglichen würden, die EU-Gesetzgebung zu Gentechnik auszuhebeln. Unter anderem heißt es hier, dass „wissenschaftsbasierte“ Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Produkte gefördert werden sollen (GD Handel, 2016: Art. 25.2.2 b). Dies würde bedeuten, dass Produkte nur dann nicht vermarktet werden dürften, wenn es den Behörden gelingt, ihre Schädlichkeit zweifelsfrei nachzuweisen. Das ist eine klare Absage an das Vorsorgeprinzip und droht in der Folge die Gentechnikgesetzgebung in der EU zu unterwandern.



Die öffentlich gewordenen TTIP-Dokumente zeigen, dass in den TTIP-Verhandlungen anders als von der EU stets behauptet sensible Themen wie die der Lebensmittelsicherheit zur Disposition stehen. Sowohl die EU als auch die USA wollen in den Verhandlungen die Interessen ihrer exportorientierten Konzerne durchsetzen. Dies birgt vor allem für die bäuerliche und ökologische Landwirtschaft sowie die Verbraucher\*innen und die Umwelt erhebliche Risiken. Denn im Fokus der Verhandlungen stehen nicht-tarifäre Handelshemmnisse, die häufig Standards zum Schutz der Gesundheit und der Umwelt darstellen. Um zu vermeiden, dass neue Standards überhaupt erst den Handel einschränken, sollen nach den Wünschen der EU-Kommission und der USA der Handelspartner sowie private Akteur\*innen frühestmöglich in den Gestaltungsprozess neuer Vorschriften eingebunden werden. Hierdurch erhalten Wirtschaftsinteressen noch mehr Einfluss auf politische Entscheidungen. Maßnahmen, die einen höheren Umwelt- oder Verbraucherschutz zum Ziel haben, können von vornherein abgeschwächt oder ausgebremst werden.

Im Agrarbereich haben die USA starke Interessen, da viele US-Produzent\*innen ihre Produkte aufgrund unterschiedlicher Standards derzeit nicht in die EU exportieren können. Besonders im Visier der USA ist das in der EU geltende Vorsorgeprinzip. Durch dieses existieren in der EU teilweise andere Vorschriften als in den USA, etwa beim Einsatz von Wachstumshormonen in der Rinderzucht oder bei gentechnisch veränderten Produkten. Genau dies möchten die USA mit TTIP ändern, indem das in der EU geltende Zulassungsverfahren durch den US-Ansatz ersetzt werden soll. Danach darf ein Stoff nur reglementiert werden, wenn eine Behörde wissenschaftliche Belege für Gesundheits- oder Umweltrisiken vorlegen kann. Dies birgt Gefahren für den Umwelt- und Verbraucherschutz, denn die Erfahrung zeigt: Das Vorsorgeprinzip muss gestärkt, nicht geschwächt werden. Häufig ist es nur schwer eindeutig zu belegen, dass ein Stoff ein Gesundheits- oder Umweltrisiko birgt. Es sind viele Fälle bekannt, in denen die Anwendung des Vorsorgeprinzips für den Umwelt- und Verbraucherschutz aufgrund früher Warnungen dringend notwendig gewesen wäre. Beispiele hierfür sind der Einsatz von Asbest in Baustoffen oder des Insektizids DDT. Letzteres gefährdet die Fortpflanzung von Vögeln. Asbest führt zu Krebs und ist in den USA noch immer nicht verboten (EEA 2013).

Anders als nach der Veröffentlichung der TTIP-Dokumente behauptet, ist nicht zu erkennen, dass die EU-Kommission hohe Standards in den Verhandlungen verteidigt. Das Vorsorgeprinzip könnte nur durch eine explizite Verankerung im Vertragstext geschützt werden. Doch dies ist nicht der Fall. Damit bestätigen die TTIP-Dokumente die Befürchtungen der Kritiker\*innen: TTIP bedroht die bäuerliche Landwirtschaft sowie den Umwelt- und Verbraucherschutz.

## Fazit:

Zwischen der EU und den USA gibt es in puncto Agrarwirtschaft seit langem Handelsstreitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten. Strittig sind insbesondere Agrarfördermaßnahmen und der Schutz von Umwelt, Verbraucher\*innen und Tieren. Auch wenn die Märkte durch TTIP geöffnet werden, werden die Landwirt\*innen beiderseits des Atlantiks auch weiter unter sehr unterschiedlichen Bedingungen arbeiten und sich auch in den Produktionsverfahren deutlich unterscheiden.

In den TTIP-Verhandlungen geht es nicht nur um den Abbau von Zöllen, sondern auch um zahlreiche nicht-tarifäre Sachfragen, die sich auf Verbraucher\*innen, Landwirt\*innen und die Umwelt auswirken. Insbesondere Vorschriften für die Lebensmittelsicherheit, über die Gabe von Antibiotika und Hormonen in der Fleischproduktion, die chemische Fleisch-Desinfektion, den Einsatz von Pestiziden und die Produktion gentechnisch veränderter Organismen sind umstritten.

Die kürzlich an die Öffentlichkeit gelangten TTIP-Dokumente zeigen, dass die USA die Interessen ihrer Agrarkonzerne in den TTIP-Verhandlungen durchsetzen wollen. Ihr geht es dabei vor allem um nicht-tarifäre Handelshemmnisse, die den Import von US-Agrarerzeugnissen in die EU derzeit erschweren oder ganz verbieten. Ein primäres Ziel der USA ist es, das in der EU geltende Vorsorgeprinzip auszuhebeln. Dafür soll das EU-Zulassungsverfahren für Produkte, die ein potentielles Gesundheits- oder Umweltrisiko bergen, durch den US-Ansatz ersetzt werden. Bei letzterem darf ein Stoff erst reglementiert werden, wenn eine Behörde einen eindeutigen Beweis für dessen Gefährlichkeit erbracht hat.

Setzt sich die US-Lobby durch, zöge dies Wirtschaftsanalysen zufolge verheerende Auswirkungen auf die EU-Agrarsektoren nach sich, insbesondere auf die Rind- und Schweinefleischproduktion sowie die Milchwirtschaft. Für die Produzent\*innen von Ackerfrüchten können die Folgen nicht genau beziffert werden, für Eierproduzent\*innen sind sie gänzlich unbekannt. Durch eine Beseitigung der Zollschranken für Geflügelprodukte wäre es US-Erzeuger\*innen möglich, ihre europäischen Mitbewerber\*innen zu unterbieten.

Mehr Exportmöglichkeiten für europäische Landwirt\*innen müssen nicht zwangsläufig zu gesteigerten Einkommen führen. Für zahlreiche Formen der Landwirtschaft wird ein starker Rückgang der Erzeugerpreise prognostiziert. Die Zugewinne für die EU beschränken sich auf wenige Sektoren, beispielsweise die Käseproduktion. Jedoch sind auch diese in hohem Maße von Veränderungen bei nicht-tarifären Handelshemmnissen abhängig, mit der die USA den Handel beschränken (Bureau, et al., 2014). Darüber hinaus ist das Engagement der Europäischen Kommission in Bezug auf geografische Angaben fragwürdig. Nur exportorientierte Erzeuger\*innen und eine äußerst geringe Anzahl an Produkten mit geschützter Herkunftsbezeichnung würden profitieren.

Analysen lassen darauf schließen, dass durch TTIP mit einem Anstieg der Einfuhren aus den USA und kaum Vorteilen für EU-Erzeuger\*innen zu rechnen ist. Der Beitrag der EU-Agrarwirtschaft zum BIP könnte Studien zufolge um 0,8 Prozent fallen, während der Beitrag der US-Landwirtschaft um 1,9 Prozent steigen würde. Das US-Agrarministerium sagt für fast jede Lebensmittelkategorie Preisrückgänge für europäische Landwirt\*innen voraus.

Insgesamt wird durch die verschiedenen Wirtschaftsmodelle deutlich, dass TTIP schwerwiegende Konsequenzen für zahlreiche europäische Agrarsektoren hätte. Mit den Auswirkungen hätten viele EU-Landwirt\*innen zu kämpfen – und nur einige wenige würden profitieren.

# Literaturverzeichnis

A.V.E.C. (2015): Annual Report 2015, Brüssel.

AHDB (2013a): The impact of CAP reform on direct payments to farms in the UK and other member states. Agriculture and Horticulture Development Board, Kenilworth, UK.

AHDB (2013b): AHDB views on the EU-US Transatlantic Trade: Submission to Stakeholder Survey. Agriculture and Horticulture Development Board, UK. <http://www.ahdb.org.uk/news/documents/AHDBresponseEU-USTTIP21Aug2013.pdf>

Arita, S., Mitchell, L., & Beckman, M. (2015, November): Estimating the Effects of Selected Sanitary and Phytosanitary Measures and Technical Barriers to Trade on U.S.-EU Agricultural Trade ER-199. USDA, Economic Research Service.

Astley, M. (2015): "Trans Pacific Partnership conclusion on dairy 'far from perfect' says Fonterra", Dairy Reporter 6 Oktober 2015.

Beckman, J., Arita, S., Mitchell, L., & Burfisher, M. (2015): Agriculture in the Transatlantic Trade and Investment Partnership: Tariffs, Tariff-Rate Quotas, and Non-Tariff Measures ER-198. USDA Economic Research Service.

Bendini, R. (2015). The Future of EU Trade Policy: in depth analysis, GD Externe Politikbereiche.

Bureau, J.-C., Disdier, A.-C., Emlinger, C., Foue, J., Felbermayr, G., Fontaigne, G., & Jean, S. (2014): Risks and opportunities for the EU agri-food sector in a possible EU-US trade agreement, Europa Parlament, Brüssel.

Byrne, J. (2015): Tariffs, ractopamine and codex standards: can the EU and US trade deal really come off? Feed Navigator 9 Februar 2015.

Chever, T., Renault, C., Renault, S., & Romieu, V. (2012): Value of production of agricultural products and foodstuffs, wines, aromatised wines and spirits protected by a geographical indication, Europäische Kommission/AND International, Brüssel.

Confederation Paysanne. (2014): Y-a-t-il un lien entre les accords de libre-échange et ma ferme en bovin viande?

Confederation Paysanne. (n.d.): Y-a-t-il un lien entre les accords de libre-échange et ma ferme laitière?

Deblitz, C., & Dhuyvetter, K. (2013): Cost of production and competitiveness of beef production in Canada, the US and the EU, Agribenchmark Working Paper 2013/5.

Dentoni, D., Menozzi, D., & Capelli, M. G. (2012): Group heterogeneity and cooperation on the geographical indication regulation: The case of the "Prosciutto di Parma" Consortium, Food Policy, 37(3), S. 207-216.

Dougherty, C. (2015): Trans-Pacific Partnership: Dairy Products Emerge As Latest Sticking Point In TPP Trade Negotiations. International Business Times, 1 Oktober 2015.

ECVC (2015): No TTIP for food sovereignty, European Coordination Via Campesina, Presseerklärung vom 15 Oktober. 2015. <http://viacampesina.org/en/index.php/main-issues-mainmenu-27/food-sovereignty-and-trade-mainmenu-38/1883-no-ttip-for-food-sovereignty>

EEA 2013: Late lessons from early warnings. Science, precaution, innovation. <http://www.eea.europa.eu/publications/late-lessons-2/late-lessons-chapters/late-lessons-ii-chapter-2>

EFRA Committee (2016): Farmgate Prices. Third Report of 2015-16, Sitzung des Britischen Unterhaus, House of Commons Environment, Food and Rural Affairs Committee, London, UK.

EFSA (2009): Scientific Opinion: safety evaluation of ractopamine, The EFSA Journal, 1049, S. 1-52.

Eucolait (2012): Submission to the consultation on EU-US High Level Working Group on Jobs and Growth, Brüssel. [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/july/tradoc\\_149701.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/july/tradoc_149701.pdf)

Euractiv (2015): Lamy. TTIP's goal is 'to harmonise consumer protection', Euractiv 8 May 2015. <http://www.euractiv.com/sections/trade-society/lamy-ttips-goal-harmonise-consumer-protection-314434>

Europäische Kommission (2014a): Prospects for EU agricultural markets and income 2014-2024, GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.

Europäische Kommission (2014b): CETA - Summary of the final negotiating results.

Europäische Kommission (2015a): EU-28 Agri-food trade with the US. [http://ec.europa.eu/agriculture/trade-analysis/statistics/outside-eu/2015/us\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/trade-analysis/statistics/outside-eu/2015/us_en.pdf)

Europäische Kommission (2015b): Beef and Veal Market Situation, GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.

Europäische Kommission (2016): Agri-Food Trade Statistical Factsheet: European Union - USA. Brussels: GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. [http://ec.europa.eu/agriculture/trade-analysis/statistics/outside-eu/countries/agrifood-usa\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/trade-analysis/statistics/outside-eu/countries/agrifood-usa_en.pdf)

European Milk Board (2014): EMB position on the TTIP. <http://www.europeanmilkboard.org/emb/positions.html>

Eurostat (2015): Production of Cereals, by country, 2014. [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Production\\_of\\_cereals\\_by\\_country\\_2014\\_\(1\\_000\\_tonnes\).png](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Production_of_cereals_by_country_2014_(1_000_tonnes).png)

FOE Europe/IATP (2013): EU-US trade deal: a bumper crop for 'big food'? Friends of the Earth Europe/Institute for Agriculture and Trade Policy. [https://www.foeurope.org/sites/default/files/foe\\_eiatp\\_factsheet\\_ttip\\_food\\_oct13.pdf](https://www.foeurope.org/sites/default/files/foe_eiatp_factsheet_ttip_food_oct13.pdf)

Food Drink Europe (2015): Data and trends: European Food and Drink Industry 2014-15. [http://www.fooddrinkeuropa.eu/uploads/publications\\_documents/Data\\_and\\_Trends\\_2014-20152.pdf](http://www.fooddrinkeuropa.eu/uploads/publications_documents/Data_and_Trends_2014-20152.pdf)

Fontaigne, L., Gourdon, J., & Jean, S. (2013): Transatlantic Trade: Whither partnership, which economic consequences? CEPII Policy Brief.

Francois, J., Manchin, M., Norberg, H., Pindyuk, O., & Tomberger, P. (2013): Reducing Transatlantic Barriers to Trade and Investment: an economic assessment. Centre for Economic Policy Research, London.

GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (2013): EU Beef Farms Report 2012. [http://ec.europa.eu/agriculture/rica/pdf/beef\\_report\\_2012.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/rica/pdf/beef_report_2012.pdf)

GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (2014): Geflügelfleischstatistik 2014. [http://ec.europa.eu/agriculture/markets-and-prices/market-statistics/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/markets-and-prices/market-statistics/index_en.htm)

GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (2014a): Schweinefleischstatistik. [http://ec.europa.eu/agriculture/markets-and-prices/market-statistics/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/markets-and-prices/market-statistics/index_en.htm)

ca): Daten von DOOR. <http://ec.europa.eu/agriculture/quality/door/list.html>

GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (2015b): Daten von E Bacchus. <http://ec.europa.eu/agriculture/markets/wine/e-bacchus/index.cfm>

GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (2015c): Daten von E-spirit-drinks. <http://ec.europa.eu/agriculture/spirits/index.cfm>

GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (2015d): GIs in TTIP - 'Limited' document for the EU Trade Policy Committee, 23. Februar 2015. <http://www.scribd.com/doc/272180505/EU-Internal-Hymn-Sheet-for-GIs-in-TTIP>

GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (2015e): EU Cereals Trade: 2014/15 marketing year. Committee for the Common Organisation of Agricultural Markets: Agri C 4. [http://ec.europa.eu/agriculture/cereals/trade/cereals/2014-2015\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/cereals/trade/cereals/2014-2015_en.pdf)

GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (2015f): Geographical indications and traditional specialities, Product Group Files. [http://ec.europa.eu/agriculture/quality/schemes/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/quality/schemes/index_en.htm)

GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (2015g): Voluntary Coupled Support, Decisions notified to the Commission by 1 August 2014. [http://ec.europa.eu/agriculture/direct-support/direct-payments/docs/voluntary-coupled-support\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/direct-support/direct-payments/docs/voluntary-coupled-support_en.pdf)

GD Umwelt (2010): Environmental Impacts of Different Crop Rotations in the European Union Directorate General for the Environment, Europäische Kommission/Bio Intelligence Service.

GD Interne Politikbereiche (2014): Comparative analysis of risk management tools supported by the 2014 Farm Bill and the CAP 2014-2020, Policy Department B: Structural and Cohesion Policies, Europäische Kommission.

GD Interne Politikbereiche (2015): Food Safety Policy and Regulation in the United States IP/A/ENVI/2015-05, Europäische Kommission, S. 30.

GD Handel (2015): Factsheet on food safety and animal and plant health in TTIP, Europäische Kommission. [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/january/tradoc\\_153004.3%20Food%20safety,%20a+p%20health%20\(SPS\).pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/january/tradoc_153004.3%20Food%20safety,%20a+p%20health%20(SPS).pdf)

GD Handel (2015a): EU-US revised tariff offers. Notiz vom 20. November 2016. <https://www.ttip-leaks.org/>

GD Handel (2016): Consolidated CETA text, veröffentlicht am 29. Februar 2016. [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/february/tradoc\\_154329.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/february/tradoc_154329.pdf)

GD Handel (2016a): Tactical State of Play of the TTIP Negotiations, Notiz vom März 2016. <https://www.ttip-leaks.org/>

GD Handel (2016b): Sanitary and phytosanitary Measures, konsolidierte Textvorschläge für TTIP. <https://www.ttip-leaks.org/>

GD Handel (2016c): Regulatory Cooperation, konsolidierte Textorschläge für TTIP. <https://www.ttip-leaks.org/>

GD Handel (2016d): Good Regulatory Practices, Textvorschlag der EU-Kommission für ein TTIP-Kapitel vom 21. März 2016. [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/march/tradoc\\_154380.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/march/tradoc_154380.pdf)

GD Handel (2016e): National Treatment and Market Access for Goods konsolidierte Textorschläge für TTIP. <https://www.ttip-leaks.org/>

Grueff, J., & Tangerman, S. (2013): Achieving a Successful Outcome for Agriculture in the EU–U.S. Transatlantic Trade and Investment Partnership Agreement. International Food & Agricultural Trade Policy Council Washington DC.

Hawes, C., Haughton, A.J., Bohan, D.A., & Squire, G.R. (2009): Functional approaches for assessing plant and invertebrate abundance patterns in arable systems Basic and Applied Ecology Vol. 10(1). S. 34-42.

High Level Working Group (2013): Final Report of the High Level Working Group on Jobs and Growth. [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/february/tradoc\\_150519.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/february/tradoc_150519.pdf)

Hogan, P. (2015): Agricultural Outlook, Rede auf einer Konferenz am 1. Dezember 2015 in Brüssel. [http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-15-6208\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-15-6208_en.htm)

ICOS (2015): Dairy trade updates: TTIP in trouble? 8 Juni 2015. <http://www.icos.ie/2015/06/08/dairy-trade-updates-ttip-in-trouble/>

Inside US Trade (2014): TTIP talks on GIs focused on comparing systems, not on EU GI list.

Interbev(2015): CETA and Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) What are the consequences for the French beef sector?

International Dairy Magazine (2014, Dezember): Editorial. S. 3.

International Grains Council (2016): Grain Market Report 462, 21. Januar 2016. <http://www.igc.int/downloads/gmrsummary/gmrsumme.pdf>

Irish Creamery Milk Suppliers Association (2014): Zusammenfassung eines Stakeholder-Treffens in Irland für den Internationalen Handelsausschuss des Europäischen Parlaments..

Irish Farmers Association (2015): Guarding the interests of agriculture in the TTIP negotiations, Dublin.

Josling, T., & Tangerman, S. (2014): Agriculture, Food and the TTIP. Possibilities and Pitfalls. Centre for European Policy Studies, Special Report Nr. 99, Brüssel.

Macdonald, J. (2014): Technology, Organization, and Financial Performance in U.S. Broiler Production. USDA Economic Research Service, Economic Information Bulletin 126.

Maler, T., & Hutchison, P. (2015): Dairy Interview: Part One – 'EU's approach to GIs could scupper TTIP'. Agra Europe Online, 19. Mai 2015. <https://www.agra-net.com/agra/agra-europe/meat-livestock/dairy/dairy-interview-part-one--eu-s-approach-to-gis-could-scupper-ttip-479102.htm>

Matthews, A. (2014): Geographical indications (GIs) in the US-EU TTIP negotiations. <http://capreform.eu/geographical-indications-gis-in-the-us-eu-ttip-negotiations/>

McBride, W., & Key, N. (2014): Productivity Growth Slows for Specialized Hog Finishing Operations. USDA Economic Research Service Amber Waves.

Meat Trades Journal (2015): Poultry Council Expresses TTIP Fears, 2 März 2015, [http://www.meatinfo.co.uk/news/fullstory.php/aid/17960/Poultry\\_council\\_expresses\\_TTIP\\_fears.html](http://www.meatinfo.co.uk/news/fullstory.php/aid/17960/Poultry_council_expresses_TTIP_fears.html)

Michalopoulos, S. (2015): Agriculture Secretary. Geographic protection 'not an easy issue' in TTIP, EurActive, 2. Dezember 2015 <http://www.euractiv.com/sections/agriculture-food/us-agriculture-secretary-gmos-no-means-only-answer-food-security-320019>

Morgan, S. (2015): Italian farmers want to seize TTIP opportunity. EurActive, 9. November 2015.

NASS (2015): National Agricultural Statistics Service, Crop Production Report, United States Department of Agriculture.

National Chicken Council (2012): Animal Welfare for Broiler Chickens. <http://www.nationalchickencouncil.org/industry-issues/animal-welfare-for-broiler-chickens/>

National Chicken Council (2013): US Poultry Groups Express Support for US-EU Trade Pact, Presseerklärung vom 14. Februar 2013. <http://www.nationalchickencouncil.org/us-poultry-groups-express-support-for-us-eu-trade-pact/>

National Pork Board (2015): Pork Checkoff Report, 11(4).

National Pork Producers Council (2013): Comments on the "Transatlantic Trade and Investment Partnership".

O'Connor, B. (2015): Geographical Indications in TTIP, the Transatlantic Trade and Investment Partnership.NCTM: Studio Legale Associato, Rom. <http://www.nctm.it/en/news/articles/geographical-indications-in-ttip-the-transatlantic-trade-and-investment-partnership>

Pelkmans, J., Lejour, A., Schrefler, L., Mustilli, F., & Timini, J. (2014): The Impact of TTIP. The underlying economic model and comparisons, Centre for European Policy Studies, Brüssel.

Raza, W., Grumiller, J., Taylor, L., Troster, B., & von Arnim, R. (2014): ASSESS\_TTIP. Assessing the claimed benefits of the Transatlantic Trade and Investment Partnership, Austrian Foundation for Development Research, Wien.

Reuters (2015): Farm issues could scupper free trade deal with EU-US. <http://www.reuters.com/article/us-trade-europe-usa-idUSKBN0TK40420151201>

Sinclair, S., Trew, S., Mertins-Kirkwood, H., & (Hrsg.) (2014): Making sense of the CETA. An analysis of the final text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement, Canadian Centre for Policy Alternatives.

Strom, S. (2015): New type of drug-free labels for meat has USDA blessing, New York Times: 4 September 2015.

Thelle, M., Jeppesen, T., Veng Pinje, J., Kjoller-Hansen, A., Davies, R., & Francois, J. (2015): TTIP impact in Ireland, Copenhagen Economics.

US-Handelsbeauftragter (2014): 2014 Report on Sanitary and Phytosanitary Measures.

US-Handelsbeauftragter (2014a): U.S. Objectives, U.S. Benefits In the Transatlantic Trade and Investment Partnership. A Detailed View. <https://ustr.gov/about-us/policy-offices/press-office/press-releases/2014/March/US-Objectives-US-Benefits-In-the-TTIP-a-Detailed-View>

US-Handelsbeauftragter (2014b): Report on Technical Barriers to Trade.

US-Handelsbeauftragter (2015): Draft Text of the Trans Pacific Partnership. Chapter 18: Intellectual Property Rights. <https://ustr.gov/trade-agreements/free-trade-agreements/trans-pacific-partnership/tpp-full-text>

UNCTAD (2015): International Classification of Non Tariff Measures: UNCTAD/DITC/TAB/2012/2/Rev.1, Konferenz der Vereinten Nationen zu Handel und Entwicklung, UNCTAD.

US-Kongress (2014): Brief an US-Landwirtschaftsminister Tom Vilsack und Chef-TTIP-Unterhändler Michael Froman: 9. Mai 2014. <http://www.commonfoodnames.com/wp-content/uploads/House-Dairy-TTIP-Letter.pdf>

US Meat Export Federation (2015): EU Ag Commissioner, Chief U.S. Ag Negotiator Address USDA Outlook Conference. <https://www.usmef.org/eu-ag-commissioner-chief-u-s-ag-negotiator-address-usda-outlook-conference/>

US Wheat Associates / National Association of Wheat Growers (2013): U.S. Wheat Industry Priorities for the Transatlantic Trade and Investment Partnership.

USDA (2012): Cattle and Beef Background. <http://www.ers.usda.gov/topics/animal-products/cattle-beef/background.aspx>

USDA (2012a): National Agricultural Statistics Service, 2012 Census of Agriculture.

USDA (2012b): National Agriculture Census 2012, Table 32 Poultry inventory and number sold. [http://agcensus.usda.gov/Publications/2012/Full\\_Report/Volume\\_1\\_Chapter\\_1\\_US/st99\\_1\\_032\\_033.pdf](http://agcensus.usda.gov/Publications/2012/Full_Report/Volume_1_Chapter_1_US/st99_1_032_033.pdf)

USDA (2015a): Trans-Pacific Partnership: benefits to US agriculture. Washington DC.

USDA (2015b): Why trade promotion authority is essential for U.S. agriculture in the Transatlantic Trade and Investment Partnership. Washington DC.

USITC (2014): Pork and Swine Industry and trade summary. United States International Trade Commission.

van Horne, P. L., & Bondt, N. (2014): Competitiveness of the EU poultry meat sector. LEI Wageningen UR.

Western Livestock Journal (2015): More U.S. beef to Europe likely with TTIP agreement. <https://wlj.net/article-permalink-12155.html>

World Animal Protection/Humane Society International (2014): TTIP: Pig Production in the EU and US .

WTO (2009): Joint Communication from the European Communities and United States on measured concerning meat and meat products (hormones). WTO. [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2009/november/tradoc\\_145411.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2009/november/tradoc_145411.pdf)

WTO, ITC, UNCTAD (2014): World Tariff Profiles. [https://www.wto.org/english/res\\_e/publications\\_e/world\\_tariff\\_profiles14\\_e.htm](https://www.wto.org/english/res_e/publications_e/world_tariff_profiles14_e.htm)

# Endnoten

1. Brief mehrerer US Agrar- und Lebensmittelorganisationen sowie -verbände an Botschafter Ron Kirk vom 4. März 2013 (<http://www.nppc.org/wp-content/uploads/2013-03-04-Ag-Coalition-US-EU-FTA.pdf>); Auskunftersuch von „Friends of the Earth Europe“ über Treffen von Vertreter\*innen der Europäischen Kommission mit Unternehmenerverbänden zu TTIP (Friends of the Earth Europe, 2014: Who's driving the EU-US trade talks? <https://www.foeeurope.org/whos-driving-eu-us-trade-talks-070714>).
2. Siehe Anmerkungen im Bericht des US Handelsbeauftragten „Report on Sanitary and Phytosanitary Measures“ (2014), sowie im Bericht „Report on Technical Barriers to Trade“ (2014b). Siehe auch Endnote 1 für Stimmen von Unternehmensvertreter\*innen.
3. 1989 in Kraft getretenes Verbot von Östradiol, Testosteron, Progesteron, Zeranol, Trenbolon Azetat und Melengestrol Azetat.
4. Beispielsweise „müssen [...] lange Verzögerungen bei Prüfungen von Biotechnologieprodukten in den Verhandlungen angesprochen werden“ (USDA, 2015a).
5. In der Richtlinie 2007/43/CE sind Mindestauflagen für den Tierschutz in Bezug auf Geflügel in Stallhaltung definiert, einschließlich Standards zu maximalen Besatzdichten, Beleuchtung, Einstreu, Lüftung und Fütterung. Gemäß der Richtlinie 1999/74/EC ist die Haltung von Legehennen ausschließlich in ausgestalteten Käfigsystemen (Mindestfläche von 750 cm<sup>2</sup>) oder Alternativsystemen (ohne Käfighaltung) erlaubt.
6. Im Jahr 2014 forderte die Europäische Kommission die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit dazu auf, darüber zu entscheiden, ob die Verwendung von Peroxyessigsäure für die Desinfektion von Geflügelfleisch als sicher einzustufen ist.
7. CETA, kurz für „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ ist ein Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada, das seit September 2014 fertig verhandelt ist und voraussichtlich im September 2016 vom Rat der EU ratifiziert werden soll. TTP (Trans-Pacific Partnership) ist ein Handelsabkommen zwischen den USA und elf weiteren Pazifik-Anrainerstaaten. Die TTP-Verhandlungen sind seit November 2015 beendet; das Abkommen ist unterzeichnet und muss nun noch ratifiziert werden.
8. Nach Handelsstreitigkeiten gelangten die EU und die USA im Jahr 2006 zu einer Vereinbarung, die Weine und Spirituosen unter einen gewissen Schutz stellt. Man einigte sich auf eine Liste von Weinnamen, die in den USA als Pseudo-Gattungsbezeichnungen gelten und deren Nutzung durch die US Gesetzgebung beschränkt werden sollte, darunter unter anderem Burgundy, Chablis, Champagner und Sherry. US Produzent\*innen, deren Markennamen diese Begriffe bereits umfassten oder daraus bestanden, wurde in einer Besitzstandsklausel die weitere Nutzung zugesichert, jedoch ist jegliche Neuproduktion unter diesen Bezeichnungen untersagt. Nach EU Standards mag dies ein relativ schwacher Schutz sein, im Prinzip bedeutet dies jedoch, dass die geografischen Angaben für viele aus der EU stammenden Weine und Spirituosen in den USA bereits geschützt sind.
9. Cargill (21 %), Tyson (21 %), JBS (20 %), National Beef Packing (11 %), American Foods Groups (6 %) (Confederation Paysanne, 2014)
10. Deutschland verzichtet auf diese Möglichkeit.
11. Östradiol, Testosteron, Progesteron, Zeranol, Trenbolon Azetat und Melengestrol Azetat
12. Für Importe aus den USA vereinbarte die EU in den 1970ern ein Zollkontingent von 11.500 Tonnen Rindfleisch zu 20 % des Standardzolls.
13. Der Codex Alimentarius ist eine Sammlung von Normen für die Lebensmittelsicherheit und Produktqualität, die von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation und der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen erstmals 1963 herausgegeben wurde.
14. Die konsolidierten TTIP-Dokumente beinhalten die Textvorschläge für den TTIP-Vertrag von beiden Verhandlungsparteien. In den Dokumenten stehen die meisten Textpassagen in eckigen Klammern, was bedeutet, dass die andere Verhandlungsseite dieser Passage noch nicht zugestimmt hat.
15. Lediglich im TTIP-Kapitel, das Regeln des Marktzugangs festlegt, spricht die EU-Kommission von „vorsorgenden Maßnahmen“. Hierbei handelt es sich jedoch um vorübergehende Maßnahme, wenn sich die Handelspartner bei einer quantitativen Importbeschränkung eines Produktes uneinig sind (GD Handel, 2016e: Art. X.10.2.).
16. Siehe: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Klaus Ernst, Susanna Karawanskij, Jutta Krellmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, vom 20. April 2016, Drucksache 18/8175, S. 7f. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/081/1808175.pdf>
17. Nähere Informationen unter: [www.bund.net/themen\\_und\\_projekte/gentechnik/gesetze\\_und\\_zulassungen/](http://www.bund.net/themen_und_projekte/gentechnik/gesetze_und_zulassungen/)



Zwischen der EU und den USA gibt es in puncto Agrarwirtschaft seit langem Handelsstreitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten. Strittig sind insbesondere Agrarfördermaßnahmen und der Schutz von Umwelt, Verbraucher\*innen und Tieren. Auch wenn die Märkte durch TTIP geöffnet werden, werden die Landwirt\*innen beiderseits des Atlantiks auch weiter unter sehr unterschiedlichen Bedingungen arbeiten und sich auch in den Produktionsverfahren deutlich unterscheiden.

In den TTIP-Verhandlungen geht es nicht nur um den Abbau von Zöllen, sondern auch um zahlreiche nicht-tarifäre Sachfragen, die sich auf Verbraucher\*innen, Landwirt\*innen und die Umwelt auswirken. Insbesondere Vorschriften für die Lebensmittelsicherheit, über die Gabe von Antibiotika und Hormonen in der Fleischproduktion, die chemische Fleisch-Desinfektion, den Einsatz von Pestiziden und die Produktion gentechnisch veränderter Organismen sind umstritten.

Die kürzlich an die Öffentlichkeit gelangten TTIP-Dokumente zeigen, dass die USA die Interessen ihrer Agrarkonzerne in den TTIP-Verhandlungen durchsetzen wollen. Ihr geht es dabei vor allem um nicht-tarifäre Handelshemmnisse, die den Import von US-Agrarerzeugnissen in die EU derzeit erschweren oder ganz verbieten. Ein primäres Ziel der USA ist es, das in der EU geltende Vorsorgeprinzip auszuhebeln. Dafür soll das EU-Zulassungsverfahren für Produkte, die ein potentiell Gesundheits- oder Umweltrisiko bergen, durch den US-Ansatz ersetzt werden. Bei letzterem darf ein Stoff erst reglementiert werden, wenn eine Behörde einen eindeutigen Beweis für dessen Gefährlichkeit erbracht hat.

Setzt sich die US-Lobby durch, zöge dies Wirtschaftsanalysen zufolge verheerende Auswirkungen auf die EU-Agrarsektoren nach sich, insbesondere auf die Rind- und Schweinefleischproduktion sowie die Milchwirtschaft. Für die Produzent\*innen von Ackerfrüchten können die Folgen nicht genau beziffert werden, für Eierproduzent\*innen sind sie gänzlich unbekannt. Durch eine Beseitigung der Zollschranken für Geflügelprodukte wäre es US-Erzeuger\*innen möglich, ihre europäischen Mitbewerber\*innen zu unterbieten.

Mehr Exportmöglichkeiten für europäische Landwirt\*innen müssen nicht zwangsläufig zu gesteigerten Einkommen führen. Für zahlreiche Formen der Landwirtschaft wird ein starker Rückgang der Erzeugerpreise prognostiziert. Die Zugewinne für die EU beschränken sich auf wenige Sektoren, beispielsweise die Käseproduktion. Jedoch sind auch diese in hohem Maße von Veränderungen bei nicht-tarifären Handelshemmnissen abhängig, mit der die USA den Handel beschränken (Bureau, et al., 2014). Darüber hinaus ist das Engagement der Europäischen Kommission in Bezug auf geografische Angaben fragwürdig. Nur exportorientierte Erzeuger\*innen und eine äußerst geringe Anzahl an Produkten mit geschützter Herkunftsbezeichnung würden profitieren.

Analysen lassen darauf schließen, dass durch TTIP mit einem Anstieg der Einfuhren aus den USA und kaum Vorteilen für EU-Erzeuger\*innen zu rechnen ist. Der Beitrag der EU-Agrarwirtschaft zum BIP könnte Studien zufolge um 0,8 Prozent fallen, während der Beitrag der US-Landwirtschaft um 1,9 Prozent steigen würde. Das US-Agrarministerium sagt für fast jede Lebensmittelkategorie Preisrückgänge für europäische Landwirt\*innen voraus.

Insgesamt wird durch die verschiedenen Wirtschaftsmodelle deutlich, dass TTIP schwerwiegende Konsequenzen für zahlreiche europäische Agrarsektoren hätte. Mit den Auswirkungen hätten viele EU-Landwirt\*innen zu kämpfen – und nur einige wenige würden profitieren.